Eine neue Entwicklung im Kampf der 3. Welt

1H 20 150C
Seite 5

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 2 vom 11. Januar 1975 9. Jahrgang 50 Pfennig

Kissinger droht mit imperialistischem Krieg!

In einem Interview mit der amerikanischen Zeitschrift „Business Week" hat der US-Außenminister Kissinger die bisher offenste und massivste Drohung gegen die arabischen Länder ausgestoßen: Er kündigte ein militärisches Eingreifen der USA im Nahen Osten an, falls die arabischen Länder ihr Öl als Waffe benutzen und erneut einen Ölboykott durchführen würden. In demselben Interview betonte er noch einmal die Absicht des US-Imperialismus, die westeuropäischen Länder in seine militärischen Abenteuer mit einzuspannen.

Es ist eine Drohung, die die Völker der Welt, die insbesondere auch unser Volk sehr ernst nehmen muß; die Drohung, einen neuen imperialistischen Weltkrieg anzuzetteln.

In dem Interview versucht Kissinger die Tatsachen zu verdrehen: Die arabischen Länder seien es, die mit ihrem Öl die industrialisierten Länder in den Würgegriff nehmen wollten. Wer aber würgt wen? Kreuzen etwa arabische Flotten vor den Küsten der USA und richten ihre Kanonen auf das amerikanische Volk? Drohen vielleicht arabische „Ledernacken" amerikanische Erdölquellen zu erobern? Das ist geradezu absurd. Jeder weiß, wer wem droht!

Die Welt braucht aber das arabische Öl – sagen die Imperialisten – und wenn sie es nicht freiwillig geben, müssen sie gezwungen werden. Diese Argumentation der US-Imperialisten unterscheidet sich im Kern nicht von Hitlers faschistischer Demagogie, der behauptete, Deutschland brauche mehr „Lebensraum" – und wenn der nicht freiwillig gegeben wird, muß er erobert werden.

Ob „Lebensraum" oder „Energienot", es sind Schlagworte, die die Imperialisten stets dann zur Hand haben, wenn es darum geht, neue Absatzmärkte und Rohstoffquellen zu erobern, wenn es darum geht, die anderen imperialistischen Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen, die Neuaufteilung der Welt, den imperialistischen Krieg anzuzetteln. Und genau darum geht es für die US-Imperialisten im Nahen Osten. In scharfer Rivalität zu den sowjetischen Sozialimperialisten wollen sie die arabischen Länder gewaltsam in ihre Klauen bekommen, um ihrer Weltherrschaft näher zu kommen und den sowjetischen Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen.

Wie es Hitlerdeutschland in Wahrheit nicht an Lebensraum mangelte, so mangelt es weder den US-Imperialisten noch den anderen imperialistischen Ländern, die laut Klagelieder singen, an Energiequellen.

Fortsetzung auf Seite 2



Empörung über Verbrechen des CIA

Während die Empörung unter den werktätigen Massen in den USA über den sogenannten „Watergate-Skandal" noch nicht abgeklungen ist, wächst die Empörung über eine neue politische Enthüllung: Unter der Regierung Johnson und Nixon hat der amerikanische Geheimdienst CIA über 10 000 Gegner der Aggression des US-Imperialismus gegen das vietnamesische Volk bespitzeln lassen.

Die Zeitung „New York Times" enthüllte darüber hinaus, daß der CIA bereits seit 1950 „politisch Verdächtige" in den USA bespitzelt. Nach den bürgerlichen US-Gesetzen darf der CIA aber lediglich zum „Schutz der USA vor Bedrohungen aus dem Ausland" tätig werden, während für die Verfolgung „innerer Staatsfeinde" der FBI zuständig ist. Diese Unterscheidung entspricht ungefähr der Trennung, die die westdeutschen Imperialisten mit dem „Bundesnachrichtendienst" und dem „Verfassungsschutz" vorgenommen haben.

Die US-Regierung versuchte, eine breitere Diskussion über die Rolle des CIA zu verhindern, wohl vor allem, weil der „Watergate-Skandal" ohnehin schon vielen US-Werktätigen die Verrottung und den volksfeindlichen Charakter des imperialistischen Staatsapparates vor Augen geführt hat. Zunächst also ließen die US-Imperialisten den früheren CIA-Chef und jetzigen US-Botschafter in Teheran, Richard Helms, und den derzeitigen CIA-Chef Colby alles abstreiten. Dann mußte der Chef der Abteilung „Spionageabwehr" beim US-Geheimdienst zurücktreten. Er erklärte bei seinem Rücktritt, er wolle „dem CIA weitere Kontroversen ersparen". Als diese Hoffnung sich nicht erfüllte, griff Präsident Ford zu der Taktik „Jetzt kommt alles auf den Tisch", um den Massen vorzugaukeln, die Regierung schritte nun selbst zur „Verteidigung der Demokratie". Er forderte vom CIA einen Bericht über die Vorfälle an.

Fortsetzung auf Seite 10

Schmidts Neujahrsansprache

Phrasen, Lügen und Drohungen

Vor einem Jahr tönte der damalige Bundeskanzler Brandt in seiner „Neujahrsansprache": „Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, erwarten, daß die Regierung alles in ihrer Macht stehende tut, damit wir unserem Land die Vollbeschäftigung erhalten. Und Sie haben recht, dies zu erwarten." Jetzt – nach einem Jahr – werden uns für die kommenden Wochen 1,5 Millionen Arbeitslose angekündigt. Und so deutlich wie sich Brandts Phrasen vom letzten Jahr als Lüge herausgestellt haben, wird sich auch als Lüge erweisen, was Schmidt in seiner diesjährigen „Neujahrsrede" versprochen hat: „Heute in 12 Monaten wird es anders und besser aussehen."

Wann in den letzten Jahren sind wir nicht auf das kommende Jahr vertröstet worden? Und stets hat sich in den vergangenen Jahren am Jahresende herausgestellt, daß sich die Lage der arbeitenden Menschen keineswegs verbessert, sondern verschlechtert hat. Auch wenn man noch nicht arbeitslos ist, hat man gerade zum Jahresende, wo sich die kostspieligen Feiertage häufen, besonders gespürt, wie groß durch Kurzarbeit, gestrichene Überstunden und Sonderschichten und durch die entgegen allen Bonner Beschwörungen ungebrochene Teuerung das Loch in der Haushaltskasse geworden ist.

Und Schmidt kündigt sogar direkt an, daß die Lohnraubpolitik weiter fortgesetzt werden soll, daß der Bonner Kapitalistenstaat weiterhin alles versuchen wird, um die Lasten der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen. So erklärte Schmidt in Bezug auf die laufenden und kommenden Tarifbewegungen: *„Wer zu hoch abschließt, der übersteigert die Produktionskosten, gefährdet damit die Erträge der Unternehmen..."* Das alte Kapitalistenargument: Ursache für Arbeitslosigkeit und Inflation sollen die angeblich zu hohen Löhne sein. Daraus folgt: die Erträge (sprich Profite) der Kapitalisten müssen gesichert, die Löhne der Arbeiter noch weiter abgebaut werden und wenn die Erträge den Kapitalisten eben nicht mehr hoch genug sind, fliegen die Arbeiter auf die Straße.

Fortsetzung auf Seite 10

AUS DEM INHALT

Kissinger droht mit imperialistischem Krieg

Fortsetzung von Seite 1

Allein die US-Imperialisten haben Ölquellen, die für die nächsten hundert Jahre reichen. Dazu verfügen die USA über die größten bekannten Kohlevorkommen auf der Welt – doch nur ein Fünftel der Energie wird in Amerika aus Kohle gewonnen.

Und Westdeutschland? Verfügt unser Land etwa nicht über reichhaltige Kohlevorkommen? Warum wurden denn unsere Bergwerke geschlossen, zehntausende Kumpel entlassen?

Weil es den Kapitalisten nicht darauf ankommt, die einheimischen Energiequellen rationell zu nutzen, sondern darauf, wie man ein Maximum an Profit erzielen kann. Und da bringt die Erdölförderung eben mehr Profit, insbesondere die in den arabischen Ländern und in den anderen Ländern der Dritten Welt, wo die Kosten der Förderung niedrig sind, weil das Öl dort günstig liegt und die Arbeitskräfte weniger Lohn erhalten. Auf diese Weise haben die US-Imperialisten in den Jahren von 1945 bis 1972 sage und schreibe 40 Milliarden Dollar Gewinn aus den arabischen Ländern herausgepreßt, ein Vielfaches von dem, was sie dort investiert haben.

Diese Ausplünderung und Ausbeutung war möglich durch die Unterdrückung der arabischen Völker, wobei ein Mittel der US-Imperialisten stets die israelischen Zionisten und ihre Aggressionen waren. Auf diese Weise, wie auch auf wirtschaftlichem Gebiet, haben sie die arabischen Länder in Abhängigkeit gehalten. Doch nicht nur der US-Imperialismus hat diese Länder geplündert, sondern auch die andere Supermacht, der sowjetische Sozialimperialismus, hat durch Erpressung wie „Waffen gegen billiges Öl" und „Maschinen gegen billiges Öl" dort seine Profite gemacht, wobei die sowjetischen Sozialimperialisten stets versucht haben, die arabischen Länder zu infiltrieren, um dort Macht und Einfluß zu gewinnen. Beide Supermächte haben in scharfer Rivalität sich die Positionen im Nahen Osten streitig gemacht – auf Kosten der arabischen Länder.

Die arabischen Länder aber haben sich dagegen zum Widerstand erhoben. Sie haben sich zusammengeschlossen und gegen die Bedrohung durch den Imperialismus und das Hegemoniestreben der beiden Supermächte ihr Erdöl zur Waffe gemacht, indem sie es unter die eigene Kontrolle nahmen und ihre Preise – wie es ihnen zusteht – selbst festzusetzen sowie sich vorbehielten, ihren Feinden kein Erdöl zu liefern. Diese Tat hat das seit langem bestehende internationale Wirtschaftsmonopol des Imperialismus durchbrochen und die große Macht des vereinten Kampfes der Entwicklungsländer klar gezeigt. Der Zusammenschluß der arabischen Länder in ihrem Kampf gegen den Imperialismus hat dazu geführt, daß heute die beiden Supermächte die Situation im Nahen Osten nicht mehr unter Kontrolle haben, nicht mehr nach Belieben dort plündern können.

Und dennoch starten beide Supermächte immer wieder wütende Versuche, sich dieses Gebiet mit seinen Reichtümern wieder unter den Nagel zu reißen.

Die sowjetische Supermacht hat erst vor wenigen Tagen einen offenen Erpressungsversuch im Nahen Osten gestartet, um dort ihre Position zu sichern: Angesichts der Bedrohung der arabischen Länder durch die Kriegsvorbereitungen der israelischen Zionisten erklärten die Sowjetimperialisten, sie würden Ägypten nur Waffen liefern, wenn dafür tausende sowjetischer „Militärspezialisten" – der Grundstock für eine künftige Besatzungsmacht – in Ägypten stationiert würden. Die US-Imperialisten drohten sogar offen mit Krieg.

Dieser Krieg aber ist nicht nur eine Bedrohung für die arabischen Länder, sondern für die ganze Welt. Gefragt, wie wohl die Sowjetunion auf eine militärische Aktion der USA im Nahen Osten reagieren würde, antwortete Kissinger: „Ich glaube nicht, daß es gut ist, darüber zu spekulieren. Jeder amerikanische Präsident, der militärische Aktionen im Nahen Osten erwägt, ohne sich über die Reaktion der Sowjets Gedanken zu machen, wäre leichtsinnig. Die Frage allerdings ist, ob und in welchem Maße er sich dadurch abschrecken läßt." Diese Antwort Kissingers entlarvt ganz deutlich und eindringlich, daß die Theorie vom Gleichgewicht der Supermächte, von der gegenseitigen Abschreckung und von Entspannung Lügen und Geschwätz sind, daß vielmehr beide Supermächte sich nicht scheuen, einen Weltkrieg anzuzetteln. Es gibt für die beiden nach Weltherrschaft strebenden Supermächte nicht die Wahl zwischen Krieg und Frieden, sondern nur die eine Alternative: Die eine besiegt die andere, oder sie wird selbst besiegt.

Wie im Nahen Osten stehen sich die beiden Supermächte überall auf der Welt gegenüber, versuchen sie sich gegenseitig Vorteile abzuringen, in die Einflußbereiche des anderen einzudringen, sie sich streitig zu machen – sei es in Lateinamerika, im Indischen Ozean, in Asien oder im Mittelmeer. Schwerpunkt ihres Ringens um die Vorherrschaft jedoch ist Europa. In der sogenannten „Sicherheitskonferenz" schachern sie beide darum, in das Herrschaftsgebiet des anderen einzudringen, versucht einer dem anderen Zugeständnisse abzuringen. Zugleich intensivieren beide das Wettrüsten ihrer beiden Militärblöcke in Europa und bereiten sich fieberhaft darauf vor, die politische Auseinandersetzung mit militärischen Mitteln fortzusetzen.

Im Nahen Osten droht daher nicht nur ein Aggressionskrieg der US-Imperialisten und ihres Kettenhundes Israel gegen die arabischen Völker, sondern droht der Beginn eines imperialistischen Krieges beider Supermächte um die Neuaufteilung der Welt, ein Krieg, der sich zum Weltkrieg entwickeln kann.

Und die Imperialisten selbst kalkulieren das offensichtlich ein. Die Zeitschrift „Der Spiegel" z. B. berichtet: „Ein außenpolitisch erfahrener Bonner Staatssekretär zog schon historische Parallelen: ‚Der Nahost-Konflikt ist für die Großmächte, was in den dreißiger Jahren der spanische Bürgerkrieg war' – Vorspiel zum Weltkrieg."

Das aber bedeutet, daß unser Land, auf dessen Boden im Osten die sowjetischen Sozialimperialisten ihre Herrschaft errichtet und im Westen die US-Imperialisten ihren Einflußbereich geschaffen haben, unmittelbar betroffen sein wird. In unserem Land, wo sie Grenze an Grenze sich bis an die Zähne bewaffnet mit ihren Militärblöcken gegenüberstehen, werden ihre Truppen nicht Gewehr bei Fuß stehen bleiben, wenn es im Nahen Osten zur militärischen Auseinandersetzung zwischen beiden kommt.

Nicht von ungefähr versuchen die US-Imperialisten mit Versprechungen und Druck schon jetzt die westdeutschen Imperialisten zu verpflichten, aktiv das militärische Abenteuer der US-Imperialisten im Nahen Osten zu unterstützen. Nachdem die westdeutschen Imperialisten auf dem diplomatischen Wege bereits Unterstützung zugesichert haben, hat die Regierung der westdeutschen Imperialisten jetzt zwar öffentlich dementiert, doch ist das lediglich eine Beruhigungspille für das Volk. Warum denn sind die westdeutschen Imperialisten im Nato-Block des US-Imperialismus, warum gewähren sie den US-Imperialisten Stützpunkte in Westdeutschland und zahlen ihnen sogar noch drauf, wenn nicht zur Unterstützung der aggressiven Abenteuer des US-Imperialismus? Sie haben noch jedes Abenteuer des US-Imperialismus mehr oder weniger offen unterstützt.

Unser Volk ist aber weder bereit, einen Aggressionskrieg des US-Imperialismus gegen die arabischen Länder zu unterstützen, noch für einen imperialistischen Weltkrieg zwischen beiden Supermächten den Rücken hinzuhalten. Unser Kampf ist der Kampf an der Seite der arabischen Völker, gegen Imperialismus, gegen die beiden Supermächte und ihre Drohungen mit einem neuen Weltkrieg.

Für unser Volk heißt das zum einen, offen Partei zu ergreifen für die arabischen Völker in ihrem Kampf gegen die Supermächte und ihre Lakaien. Und es heißt, den Kampf gegen die beiden Supermächte auf dem Boden unserer Heimat aufzunehmen sowie gegen ihre westdeutschen Bündnispartner und ostdeutschen Lakaien. Kämpfen wir für den Abzug aller fremden Truppen aus Deutschland, für den Austritt der zwei deutschen Staaten einerseits aus der Nato, der EG, andererseits aus dem Warschauer Pakt und dem RGW!

Kämpfen wir auf diesem Weg, so leisten wir unseren Beitrag, den Beitrag des deutschen Volkes zur Verhinderung eines neuen imperialistischen Weltkrieges und schreiten voran zum Sturz der westdeutschen Imperialisten und der revisionistischen Honeckerclique im Osten, zu einem vereinten, unabhängigen und sozialistischen Deutschland.

ES LEBE DER KAMPF DER ARABISCHEN VÖLKER GEGEN DEN IMPERIALISMUS MIT DEN BEIDEN SUPERMÄCHTEN AN DER SPITZE! KRIEG DEM IMPERIALISTISCHEN KRIEG! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

VW: Preiserhöhungen und Entlassungsdrohungen

Der VW-Aufsichtsratsvorsitzende Birnbaum hat erklärt, daß Stillegungen und Massenentlassungen bei VW nicht ausgeschlossen seien. Gleichzeitig hat VW ab Januar die Preise um durchschnittlich 3,5% erhöht. Bereits 1974 erhöhten die VW-Bosse zweimal die Preise: im März um durchschnittlich 6,35% und im Mai um durchschnittlich 6%.

Die VW-Bosse treiben also die Preise, obwohl die Wagen auf Halde liegen. Aber heißt es denn nicht, daß bei sinkender Nachfrage auch die Preise sinken würden? Empfiehlt man uns nicht „verbraucherbewußtes Verhalten", um die Preistreiberei zu stoppen? Müßten demnach bei geringerer Nachfrage wie derzeit in der Autoindustrie nicht auch die Preise sinken? Grundsätzlich ist es so, daß die Preise im Durchschnitt dem Wert der Waren entsprechen, der wiederum durch die zur Produktion der Ware aufgewendete Arbeitsmenge bestimmt wird. Die Preise können aber über den Warenwert steigen bzw. unter ihn sinken, wenn die Nachfrage nach dieser Ware größer bzw. geringer als das Angebot ist. **Mit der Herausbildung der Monopole aber ist hier eine entscheidende Veränderung eingetreten.** Aufgrund ihrer marktbeherrschenden Stellung können die Monopole durch gegenseitige Absprachen die Konkurrenz so weit ausschalten, daß sie ihre Preise weitgehend unabhängig von Angebot und Nachfrage diktieren können. Diese Monopolpreise liegen natürlich weit über dem wirklichen Wert der Waren und sichern den Monopolkapitalisten einen zusätzlichen Profit. In der Autoindustrie sind bei uns Preisabsprachen seit Jahren an der Tagesordnung und seit Jahren werden die Autopreise kaum durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage beeinflußt.

Die D„K"P-Revisionisten haben die Parole „Massenkaufkraft erhöhen" ausgegeben und auch die D„K"P-Betriebsgruppe bei VW rührt dafür lautstark die Trommel. Die D„K"P-Revisionisten behaupten, höhere Löhne würden den Absatz ankurbeln und damit die Krise und die Arbeitslosigkeit beseitigen. Natürlich ist es notwendig, für höhere Löhne zu kämpfen. Der arbeiterfeindliche Charakter der D„K"P aber zeigt sich darin, daß sie die Arbeiterklasse vom unversöhnlichen Kampf für ihre Interessen abhalten will, indem sie die Illusion zu verbreiten sucht, höhere Löhne seien letztlich auch im Sinne des kapitalistischen Systems „vernünftig", weil durch sie die Krise überwunden werden könne.

Gerade das Beispiel VW zeigt, daß mit der Verbreitung dieser Illusionen die Arbeiterklasse ans Messer der kapitalistischen Krisenmaßnahmen geliefert werden soll. Die VW-Kapitalisten sind offensichtlich in erster Linie gar nicht daran interessiert, den Absatz um jeden Preis anzukurbeln. Rentabilität heißt für sie nicht, irgendwie über die Runden zu kommen, sondern daß sich das von ihnen in die Produktion gesteckte Kapital möglichst hochprozentig vermehrt. **Und wenn gegenwärtig die Wagen nicht zu einem Preis zu verkaufen sind, der ihnen maximalen Profit garantiert, dann heißt für sie der Ausweg nicht „Preise runter" oder „Löhne rauf", um den Absatz anzukurbeln, sondern Stillegungen, Entlassungen, verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse.** Das steckt dahinter, wenn Birnbaum sagt: „Mit weniger Arbeitskräften und weniger Arbeitsstunden den Umsatz steigern."

Die D„K"P-Revisionisten predigen das Vertrauen in den Kapitalismus, predigen, zwischen der Arbeiterklasse und dem Kapitalismus gäbe es gemeinsame Interessen. Aber das Beispiel VW zeigt, wie gerade in der Krise die Unversöhnlichkeit des Widerspruchs zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse schärfer zutagetritt. **Die Kapitalisten können ihre Profitgier nur durch die ständige Verschärfung der Ausbeutung, durch die Verschlechterung der Lebenslage der werktätigen Massen befriedigen, und die Arbeiterklasse kann ihre Lebensinteressen nur im unversöhnlichen Kampf gegen die Kapitalistenklasse verteidigen.**

Imperialistische "Winke" nach Albanien

Am 2. Januar erschien in der „Frankfurter Rundschau" ein Artikel, in dem Touristen aus der Bundesrepublik darüber „aufgeklärt" werden, daß sie „in schwierigen Situationen" in der VR Albanien nicht auf den „staatlichen Schutz" der DBR rechnen können, weil zwischen beiden Staaten keine diplomatischen Beziehungen bestehen.

Natürlich kann keine Rede davon sein, daß die vielen Reisenden, die in jedem Jahr über das Reisebüro „Albtourist" oder mit der „Gesellschaft der Freunde Albaniens" und mit den Reisegruppen der Partei Albanien besuchen, jemals in „schwierige Situationen" gekommen wären.

Ganz offensichtlich hat der Artikel hauptsächlich den Zweck, der Bundesregierung die Möglichkeit zu einem „Wink" nach Albanien zu geben. Sie erklärt in dem Artikel offiziell, daß sie „selbstverständlich" bereit ist, auch mit Albanien „Beziehungen" aufzunehmen. „*Wie das Auswärtige Amt mitteilte, hat Albanien auf diese Signale jedoch bisher nicht reagiert.*" heißt es dann.

Was das albanische Volk von solchen „Signalen" hält, dessen Land 1943 von den deutschen Faschisten besetzt wurde, die es am 29.11.44 im Volkskrieg endgültig vertrieb, hat Genosse Enver Hoxha in seiner Rede am 3.10. klargestellt: ***„Wir aber sagen: ‚Bevor Ihr solche Ballone aufsteigen laßt, gebt uns lieber das Gold frei, das Ihr dem albanischen Volk geraubt habt und schickt es samt Zinsen nach Albanien zurück'. Das gleiche sagen wir der Bonner Regierung, die eine revanchistische Politik betreibt und Albanien als Kriegsschadensersatz noch Summen schuldet, die in die Millionen geben."***

Kurz berichtet

HAMBURG:

Die Feier in Hamburg fand im renovierten „Alten Sängerheim", dem „Rotfrontlokal" der Partei statt. Unter den rund 200 Teilnehmern war auch Genosse Ernst Aust, der Vorsitzende der KPD/ML. Nachdem die Grußadresse des Zentralkomitees verlesen worden war, faßte ein Genosse der Partei in einer Rede die Entwicklung des letzten Jahres zusammen. Auf große Begeisterung stieß das erste Auftreten des Hamburger Spielmannszuges, für dessen finanzielle Unterstützung die Genossen an diesem Abend über 1 000 DM sammelten. Das „Rote Sprachrohr", der Hamburger Agit-Prop-Trupp, führte unter großem Beifall zwei Szenen aus Brechts Stück „Die Mutter" auf. Kurz vor 12 Uhr hielt dann Genosse Ernst Aust eine Ansprache, in der er über die Erfahrungen der Delegation der KPD/ML bei den Feiern zum 30. Jahrestag der Befreiung Albaniens sprach und anschließend auf aktuelle Probleme der Parteiarbeit und die vor uns liegenden Aufgaben einging. Genosse Ernst Aust dankte in seiner Rede auch allen Freunden und Sympathisanten der Partei für ihren Einsatz für die Revolution und die Unterstützung, die sie für die Partei geleistet haben. Mit dem Gesang der Internationale begrüßten die Teilnehmer der Veranstaltung um 12 Uhr das neue Jahr.

DORTMUND:

In Dortmund hatten sich rund 120 Genossen und Freunde der Partei aus Bochum und aus Dortmund zur Feier des 6. Jahrestags der Partei versammelt. Nachdem ein Genosse der Partei die Grußadresse des Zentralkomitees verlesen hatte, sprach Genosse Karl Klingemann über die Entwicklung der Parteiarbeit im letzten Jahr und die Lehren, die die Partei daraus für das kommende Jahr ziehen muß. Anschließend verlas ein Genosse eine Grußadresse zum 10. Jahrestag des Wiederaufbaus der KPSp/ML, die nicht nur von den deutschen, sondern auch von den ebenfalls anwesenden spanischen Genossen mit großem Beifall aufgenommen wurde. Ein Genosse der Partei berichtete dann über den Kampf gegen die Ermordung unseres Genossen Günter Routhier. Eine Genossin der ROTEN GARDE forderte auf, den Kampf für die Einbürgerung des Genossen Sascha Haschemi zu verstärken. Der Dortmunder Agit-Prop-Trupp „Vorwärts Bolschewik" führte ein extra für diesen Tag geschriebenes Stück über die Entwicklung der Partei auf. Auch in Dortmund wurde das neue Jahr mit dem Gesang der Internationale begrüßt. 1 200 DM wurden zur Unterstützung der Parteiarbeit im neuen Jahr gesammelt.

MÜNCHEN:

In München versammelten sich rund 70 Freunde und Genossen, darunter viele iranische Genossen. Zu Beginn hielt ein Münchner Genosse eine Rede. Gemeinsam hörten die Genossen einen Gruß von Radio Tirana an die Partei. Anschließend wurden Volkstänze aufgeführt. Kurz vor 12 Uhr las ein Genosse die Grußadresse des Zentralkomitees vor. Dann wurde die Internationale gesungen. Auf dieser Feier wurden 160 DM für die Unterstützung des ROTEN MORGEN gesammelt.

ANDERE STÄDTE:

Die Genossen von Essen und Gelsenkirchen begingen gemeinsam den 6. Jahrestag der Gründung der Partei. 70-80 Freunde und Genossen nahmen teil. Es wurde eine Sammlung zur Unterstützung der politischen Gefangenen durchgeführt. In Kiel versammelten sich rund 300 Freunde und Genossen. Der Agit-Prop-Trupp führte ein Stück auf. Weit über tausend DM wurden gespendet.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06–466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Tel.: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH 1 Westberlin 36, Erscheinungsweise wöchentlich samstags, Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 30 DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Krisenanzeichen in der Stahlindustrie

Nachdem bis vor kurzem immer noch vom „Stahlboom" die Rede war, wachsen auch in den Stahlwerken die Krisenzeichen. Die Stahlkapitalisten verschärfen die Rationalisierung, schränken die Produktion ein, streichen Überstunden und Sonderschichten und werfen Kollegen auf die Straße.

Die Krise in der Autoindustrie (Feinbleche) und in der Bauindustrie (Betonstahl) hatte sich nicht sofort in der Stahlindustrie ausgewirkt weil der sinkenden Inlandsnachfrage steigende Exporte gegenüberstanden. Die Stahlkapitalisten verschärften die Ausbeutung, 1974 wurden mit insgesamt 53 Mio Tonnen Stahl ein absoluter Produktionsrekord aufgestellt. Aber inzwischen hat sich, weil ja praktisch alle kapitalistischen Länder von der Krise erfaßt sind, die Konkurrenz auf dem Weltmarkt ungeheuer verschärft: denn die Kapitalisten aller Länder versuchen, die sinkende Nachfrage im Inland durch Exportsteigerungen wettzumachen. So ist in der 2. Hälfte '74 der Export der westdeutschen Stahlindustrie um 30% zurückgegangen.

Hoesch beispielsweise exportiert Feinbleche u.a. in die Sowjetunion, nach Südafrika, in den Iran, nach Indien, in einige nordafrikanische Länder. Exportaufträge der westdeutschen Stahlindustrie aus Ländern, die nicht zur Montanunion gehören, sind seit November gegenüber der 1. Jahreshälfte 74 um rund 50% zurückgegangen. Die Feinblechkapazität der Hoesch-Westfalenhütte beträgt ohne Sonderschichten rund 60 000 t im Monat. Ende Dezember hieß es, für Januar seien für 6 000 t Aufträge da. In den zwei Feinblechkaltwalzwerken (FK1 und FK2) der Westfalenhütte besteht seit November Einstellungsstop. Überstunden und Sonderschichten werden weitgehend gestrichen. Die Kaltbandzerteilanlage im FKa, auf der hauptsächlich Bleche für Opel gefahren werden, wurde bereits im Dezember einmal von zwei Schichten auf eine Schicht reduziert. Nachdem sie vorübergehend wieder in zwei Schichten gefahren worden war, soll sie jetzt wieder nur eine Schicht gefahren werden. Auch in anderen Bereichen treiben die Hoesch-Kapitalisten die Rationalisierung voran. So soll beim Rangieren Fernsteuerung eingeführt werden, um „Eisenbahner" zu sparen.

Vor allem die ausländischen Kollegen sind von Entlassungen bedroht. Die Hoesch-Kapitalisten brauchen sich offiziell dabei noch nicht einmal die Finger schmutzig zu machen. Den Kollegen wird einfach die Aufenthaltserlaubnis entzogen. So ist jetzt bei Hoesch-Phönix der Fall eines Kollegen bekannt geworden, der bereits seit 5 Jahren bei Hoesch arbeitet und dem nun die Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert wird. Um die Entlassungen zu tarnen, greifen die Hoesch-Kapitalisten noch zu einem anderen Manöver. Sie entlassen die Kollegen, die formal gar nicht bei Hoesch, sondern bei sogenannten „Subunternehmen" (Sklavenhändlern) beschäftigt sind. So sind 24 Kollegen des „Subunternehmers" Kramer, die seit langem einen festen Arbeitsplatz bei Hoesch hatten, entlassen worden. Zu alledem schweigen sich IGM, Betriebsrat und D„K"P-Revisionisten natürlich aus.



Im Sommer '72 protestieren Hoesch-Kollegen gegen die Fusion Hoesch — Hoogovens und die in diesem Zusammenhang drohenden Stillegungen

Auch in der Stahlindustrie wird die Krise sich weiter verschärfen. Die westdeutschen Stahlkapitalisten investieren im Inland kaum noch. Unter den EG-Ländern steht die Bundesrepublik bezüglich der Stahlinvestitionen pro produzierte Tonne zusammen mit Luxemburg an vorletzter Stelle. Die westdeutschen Stahlkapitalisten wollen die Produktion im Inland offensichtlich einschränken, weil sie sich durch den Kapitalexport in andere Länder höhere Profite versprechen. Die Stahlwerker müssen sich im Kampf gegen die Krisenmaßnahmen der Stahlkapitalisten, gegen verschärfte Rationalisierung, Entlassungen und Stillegungen zusammenschließen.

Ausschlussgrund: Protest gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse

Seit längerer Zeit besteht in Nürnberg ein ÖTV-Jugendarbeitskreis der Städtischen Krankenanstalten Nürnberg. Dieser fortschrittliche Jugendarbeitskreis sprach sich in einem Mitteilungsblatt unter anderem gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der ÖTV aus, die bereits gegen einen Kollegen angewandt worden waren. Dies war für den ÖTV-Apparat der Anlaß für den schon länger geplanten Ausschluß der kommunistischen Vorsitzenden des Arbeitskreises und zur Auflösung des Arbeitskreises selbst.

Im Brief der Kreisverwaltung der ÖTV an die Genossin heißt es unter anderem: „Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind ein Akt der Selbstbehauptung und für die Gewerkschaften zu einem Gradmesser der eigenen Glaubwürdigkeit als demokratischer Organisation geworden. Jeder, der sich für die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse einsetzt, setzt sich in der Umkehrfolgerung für die Tätigkeit von radikalen politischen Strömungen jeder Färbung in den Gewerkschaften ein. Eine solche Haltung ist mit der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft nicht zu vereinbaren."

Solche Offenheit der Gewerkschaftsbonzen findet man selten. Denn ein „Akt der Selbstbehauptung" war ja wohl nicht notwendig, wenn die Marxisten-Leninisten, gegen die sich auch in der ÖTV die Unvereinbarkeitsbeschlüsse vor allem richten, „isolierte Sektierer" sind, wie der offizielle Sprachgebrauch ist. Auch für die Definition, die hier für eine „demokratische Organisation" wie sie eine DGB-Gewerkschaft zu sein hat, gegeben wird, kann man nur dankbar sein. „Demokratie" bedeutet, gegen Kommunisten und klassenkämpferische Kollegen ankämpfen! Das und nichts anderes heißt es, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse als Beweis für die „Glaubwürdigkeit als demokratische Organisation" anzuführen.

Mit diesem „einfachen Beweis für Demokratie" aber will sich die Kreisleitung der ÖTV Nürnberg jetzt offensichtlich nicht mehr zufrieden geben. Sie macht sich zum Vorreiter dafür, jetzt auch alle Kollegen mit Ausschluß zu bedrohen, die keine Kommunisten sind, die direkt nichts mit der Revolutionären Gewerkschaftsopposition zu tun haben, sondern lediglich empört sind über die Unvereinbarkeitsbeschlüsse, über die Gewerkschaftsausschlüsse von kommunistischen und klassenkämpferischen Kollegen. Solche Kollegen gibt es allerdings sehr viele, was sich in Nürnberg und anderswo unter anderem durch Unterschriftensammlungen gegen Gewerkschaftsausschlüsse bewies.

In der Begründung für den Ausschluß durch den Hauptvorstand der ÖTV wurde dann allerdings auf diesen von der Kreisleitung vorgeschlagenen Ausschlußgrund nicht zurückgegriffen. Man schloß die Genossin aus, weil sie sich aktiv für die KPD/ML betätigt habe. Diese Maßnahme zeigt, daß die DGB-Gewerkschaften ihre erste Aufgabe darin sehen, den Apparat von den Kommunisten zu säubern, weil sie wissen, daß sie es sind, die den Kollegen im revolutionären Klassenkampf vorangehen und für den Zusammenschluß der Gewerkschaftsmitglieder gegen den Apparat in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition kämpfen. Gleichzeitig beweist aber der vorhergehende Brief der Kreisleitung der ÖTV wie die Tatsache, daß inzwischen der Jugendarbeitskreis von ihnen aufgelöst wurde, daß die Unterdrückungsmaßnahmen des DGB-Apparats sich gegen alle fortschrittlichen Kollegen richten.



BETRIEBSVERSAMMLUNG BEI FELTEN & GUILLAUME

Eine Woche vor Weihnachten hatten wir bei Felten & Guillaume, Werk Nordenham, Betriebsversammlung. Sie fand vor dem Hintergrund geplanter Kurzarbeit für einige Abteilungen statt. In der Rede des Betriebsrates wurde mit Halbwahrheiten versucht, die Kurzarbeit zu beschönigen. Keine Hand rührte sich nach Beendigung des Berichtes des Betriebsrates.

Dann ergriff ein kommunistischer Kollege das Wort. Schon auf dem Weg zum Mikrophon bekam er starken Beifall und Zurufe: *„Nun zeig du es ihnen mal!"* Der Genosse zeigte, daß die Kurzarbeit Teil der Krise ist, wie sie sich immer deutlicher bei uns abzeichnet. Anhand der Metalltarifrunde und der Betriebsvereinbarung des Betriebsrates zur Weihnachtsgeldregelung zeigte der Genosse, daß Gewerkschaftsapparat und große Teile des Betriebsrates auf der anderen Seite der Barrikade stehen. Sehr starker Beifall bewies, wie sehr der Genosse die Gedanken der Arbeiter zum Ausdruck gebracht hatte.

Dem Betriebsrat, der vorher andauernd versucht hatte, den Genossen zu unterbrechen, blieb nichts anderes übrig, als zu erklären, er habe leider den Ausführungen nicht folgen können. Dafür erntete er ein Pfeifkonzert.

Anschließend gaben sich der Vertreter der Geschäftsleitung und der Gewerkschaft alle Mühe, den kommunistischen Kollegen zu diffamieren und „Radikalität" als „unzeitgemäß" abzutun. Beifall für diese Mühe konnten sie nur von den Meistern und von einem Teil der Angestellten ernten.

In der weiteren Diskussion meldeten sich zwei Kollegen zu Wort. Der erste bestätigte die Aussage des Genossen in Bezug auf die Erhöhung der Arbeitshetze und zeigte an seinem Akkord, daß er fast um die Hälfte gekürzt worden war. Er entlarvte einen freigestellten Betriebsrat (Heck) als Lügner und sagte unter großem Beifall: *„Heck, du bist auch schon zu lange aus der Produktion!"*

Der zweite, ein 60-jähriger Hobler, zeigte den sinkenden Reallohn durch Lohnraub und Teuerung auf und legte dar, daß die Arbeiter deshalb eine Lohnerhöhung von 30% und mehr brauchen. **Er verteidigte den Genossen und sagte dann in Bezug auf die Betriebsratswahlen: *„Da wird sich manch ein Betriebsrat noch wundern!"***

Das Schlußwort, das im allgemeinen Aufbruch der Kollegen unterging, nutzte der Betriebsrat noch ausgiebig, um gegen den Genossen und die Betriebszeitung der KPD/ML „ROTER STROM" zu hetzen.

Im Verlauf der nächsten Tage nach der Betriebsversammlung kamen immer wieder Kollegen zu dem Genossen an die Maschine und zeigten ihm, wie sehr sie mit dem Gesagten einverstanden waren. Auch ein Betriebsrat kam und wollte ihn bestechen: *„Der Betriebsrat ist einhellig der Meinung, du solltest für die Betriebsratswahl auf der Gewerkschaftsliste kandidieren."* Der Genosse entlarvte das als Versuch, ihn für die Zwecke der Kapitalisten und des Gewerkschaftsapparates einzuspannen und erklärte, daß es durchaus möglich sei, daß die gleichen, die ihn jetzt scheinheilig zu einer Kandidatur bewegen wollen, ihn bis zur Betriebsratswahl längst aus der Gewerkschaft ausgeschlossen haben. Er betonte, daß er sich vor allem darum kümmern wolle, ob sich nicht andere Kollegen finden, die bereit sind, unversöhnlich für die Interessen der Kollegen zu kämpfen und auf einer oppositionellen Liste zu kandidieren.

GEHEIMPLAN GEGEN AUSLÄNDISCHE KOLLEGEN

Die letzte Betriebsversammlung bei Südbremse, einem Metallbetrieb in München, stand ganz im Zeichen der sich verschärfenden Krise. Seit dem letzten Frühjahr ist die Belegschaft um 200 Kollegen reduziert worden. Kollegen, die früher aus Orten 80 — 100 km entfernt mit dem Angebot der freien Anfahrt zur Südbremse gelockt wurden, sollen jetzt die Fahrkosten selbst tragen.

Am härtesten aber wird in der nächsten Zeit gegen die ausländischen Kollegen vorgegangen werden. Ein kommunistischer Kollege von Südbremse entlarvte auf der Betriebsversammlung, daß ein Geheimplan existiert, den die Betriebsleitung und der Betriebsrat (eingeschlossen die modernen Revisionisten) festgelegt haben, nach dem der Ausländeranteil bei Südbremse von 46% auf 30% abgebaut werden soll. Das bedeutet, daß bei einer Belegschaft von rund 2 500 Mann ca. 400 bis 500 ausländische Kollegen auf der Abschußliste stehen. Betriebsleitung und Betriebsrat entfachen, um einen geschlossenen Kampf der Kollegen gegen diese Entlassungen und weitere Angriffe zu verhindern, eine massive Hetze. Ungefähr in dem Stil: „Die Kanaken (Ausländer) müssen heraus, dann haben wir wieder Arbeit!" Der kommunistische Kollege zeigte, wie falsch dieser Weg der „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" ist. Er erklärte, daß die ausländischen Kollegen mit großen Versprechungen aus der Türkei, Griechenland usw. angelockt werden. Manche Firmen warben sie sogar mit offenen Menschenhändlermethoden an. Jetzt, wo die Wirtschaft in der Krise steckt, werden sie abgeschoben, damit man ihnen kein Arbeitslosengeld zu zahlen braucht, weil man hofft, so das tatsächliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit vertuschen zu können. Nicht die ausländischen Kollegen sind es, die den deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen, sondern die Kapitalisten, die erst ein Heer von ausländischen Arbeitern angelockt haben, um Profit zu machen und jetzt, wieder aus Profitgründen, hunderttausende von Arbeitern auf die Strasse setzen. und gleichzeitig verstärkt ihre Produktion in Länder verlegen wie Südeuropa, wo sie den Arbeitern noch viel weniger Lohn zahlen müssen als hier. Der Genosse betonte, daß in Wirklichkeit ausländische und deutsche Arbeiter die gleichen Interessen haben, wie es sich auch in der Tarifrunde gezeigt hat, wo deutsche und ausländische Arbeiter in einer Front gekämpft haben.

Dem Betriebsratsvorsitzenden Hartl blieb daraufhin nichts anderes übrig, als dazu Stellung zu nehmen. „Deutsche und ausländische Arbeiter, eine Kampffront", sagte er, „das gehört zu den Thesen der KPD/ML, die dieser Kollege ständig auf den Betriebsversammlungen vorbringt. Bevor wir Deutsche ins Ausland gehen müssen, schicken wir die Ausländer heim." Mit solcher Demagogie konnte er zwar noch einige deutsche Kollegen täuschen, aber vielen ausländischen Kollegen wurde klar, wer hier ihre Interessen wirklich vertritt. **Das war auch der Grund, weshalb einer aus dem Betriebsrat zu dem Kollegen ging und sagte: „Du weißt gar nicht, was Du damit angerichtet hast, die ganzen Ausländer fangen an zu revoltieren." Tatsächlich standen nach der Betriebsversammlung die ausländischen Kollegen in großen Diskussionsgruppen zusammen und debattierten heftig. Es ist die Aufgabe der Betriebszelle der KPD/ML, verstärkt den Kampf für die Einheit der deutschen und ausländischen Kollegen zu führen und ihnen zu zeigen, daß nur der gemeinsame revolutionäre Klassenkampf weiterhilft.**

Revisionistisches

„K"BW

In der Bielefelder Ortsbeilage der „K"VZ, Zeitung des „K"BW, nehmen die „K"BW-Führer Stellung zu dem antikommunistischen und antichinesischen Hetzfilm „Die Chinesen in Paris", der ihrer Meinung nach nur „ganz nebenbei" die Aussenpolitik und den Aufbau des Sozialismus in der VR China „aufs Korn" nähme.

Ihre Kritik richtet sich nicht etwa vor allem gegen den reaktionären Inhalt dieses Filmes, sondern: „Von der angeblichen ‚brillianten Satire' dieses Filmes merkt der Zuschauer kaum etwas. Die Dialoge sind größtenteils billig und abgedroschen; hinter der Kamera haben wohl auch schon bessere Leute gestanden. Fazit: Unterhaltungswert = Null."

Ihnen ist offensichtlich die Hetze nicht genügend anspruchsvoll und unterhaltend. Wen wundert es da noch, daß diesen Herren, die sich immer mehr vom Marxismus-Leninismus abkehren, die Aktionen unserer Partei gegen den Hetzfilm „völlig unverständlich" sind?

DDR

Im „Neuen Deutschland", der Zeitung der „S"ED-Revisionisten, beweist der Vorsitzende der revisionistischen „K"PdUSA, wie weit Revisionisten wie er gehen, wenn es gilt, den Imperialisten Feuerschutz zu geben: In seinem Artikel heißt es: „Seit der letzten Konferenz (gemeint ist die Weltkonferenz der revisionistischen Parteien) mußte der USA-Imperialismus seine direkten militärischen Kräfte aus Vietnam, Kambodscha und Laos zurückziehen."

Zum einen ist es gewiß nicht der internationalen Revisionistenkonferenz zu verdanken, daß die US-Imperialisten in Vietnam, Kambodscha und Laos Schlappe für Schlappe einstecken mußten. Im Gegenteil, es waren und sind gerade diese revisionistischen Parteien, die mit ihren Lügen von Entspannung und Weltfrieden gegen den revolutionären Volkskrieg der Völker zu Felde ziehen. Zum anderen aber ist es ein offener Hohn auf den Kampf des vietnamesischen Volkes. Sind es etwa keine US-Militärberater, die in Vietnam und Kambodscha die Marionettentruppen der Thieu-Clique und der Lon Nol-Clique anführen gegen die Völker Vietnams und Kambodschas?

Festzustellen, daß die militärischen Kräfte vom US-Imperialismus abgezogen worden seien, ohne darauf hinzuweisen, daß entgegen dem Pariser Vietnamabkommen noch immer US-Militärs in Vietnam die Aggression anleiten, heißt, die Verbrechen des US-Imperialismus zu tarnen, heißt, den Verbrechern gegen das vietnamesische Volk im wahrsten Sinne des Wortes Feuerschutz zu geben.

POLEN

Im Sommer dieses Jahres machten Verwandte eines Genossen eine Ferienreise nach Polen. Nach ihrer Rückkehr erzählten sie, daß die polnischen Revisionisten in ihren offiziellen Läden Briefmarken aus der Zeit der Besetzung Polens durch die Hitlerfaschisten verkaufen. Die Marken, die angeblich „Sammlerwert" haben sollen, haben folgendes Aussehen: Es handelt sich um einen Satz von Briefmarken, auf denen der Astronom Kopernikus abgebildet ist. Dieser Satz trägt die Aufschrift: „Deutsche Post des Ostens". An den vier Ecken ist zur Umrahmung des Ganzen jeweils das Hakenkreuz abgebildet. Der Verkauf dieser Briefmarken durch die polnischen Revisionisten ist eine ungeheure Provokation des polnischen Volkes, welches von den Hitlerfaschisten überfallen wurde, eine Beleidigung des Kampfes der Partisanen und des ganzen Volkes gegen die Faschisten. Die polnischen Revisionisten haben tatsächlich alle Hemmungen und jegliche Scham verloren.

Landwirtschaftliche Genossenschaften

Den Nutzen hat das Finanzkapital

Angesichts der immer schwierigeren Lage der Klein- und Mittelbauern weisen Regierung und Bauernverbände oft darauf hin, daß der verstärkte Zusammenschluß der Bauern in Genossenschaften die Lage verbessern könnte. Der folgende Bericht der Genossen aus Nordenham aber zeigt, daß das Genossenschaftswesen in Wahrheit Kapitalkonzentration auf Kosten der Klein- und Mittelbauern und ihre verschärfte Ausplünderung bedeutet und lediglich den großen Agrarkapitalisten und vor allem dem Finanzkapital nützt.

Die Molkerei Strückhausen in der Wesermarsch — sicherlich einigen unter dem Warennamen „Botterbloom" bekannt, ist die größte Molkerei im weiten Umkreis. Anfangs gab es nur die Molkerei mit einer jährlichen Milchanlieferung von 18 Mill. Liter. Die Molkerei konzentrierte sich darauf, insbesondere Speiseeis herzustellen. Doch der Kampf der großen Lebensmittelmonopole wie Unilever, Nestle und Oetker um Marktanteile im Speiseeisgeschäft veranlaßte die Molkerei, ihre Produktpalette auszuweiten. Dazu aber brauchte man Kapital.

Im Aufsichtsrat von Strückhausen befand sich auch der Landvolk-Vorsitzende des Kreises Wesermarsch Krüger, der damals anfing, an seiner Karriere zu basteln. Mit Hilfe des Bauernverbandes schwätzte er den Bauern viel vor von „Sicherung der Existenz" und warb bei allen umliegenden Molkereien für eine Fusion mit Strückhausen. Und als diese Molkereien nicht freiwillig wollten, wurde beim milchwirtschaftlichen Institut in Kiel ein Gutachten bestellt, wonach nur noch Strückhausen als förderungswürdige Molkerei galt. Den anderen Molkereien wurden die Beihilfen, viele hunderttausend Mark, gestrichen.

So fusionierten schließlich die Molkereigenossenschaften Stollham, Nordenham, Rodenkirchen, Berne und Neuenbrock mit Stückhausen.

Strückhausen kam dadurch auf eine Jahreslieferung von fast 100 Mill. Liter Milch. Bis auf Rodenkirchen wurden alle anderen Molkereigebäude verkauft. Durch die einfließenden Geschäftsanteile kam man nun auf ein Kapital von 2,5 Millionen DM. Die Produktion wurde ausgeweitet auf H-Milchproduktion, Butter, Käse und Milchtrocknung. Mit Strückhausen schien es aufwärts zu gehen.

Doch was hinter den Fassaden geschah, ahnte kaum ein Bauer. Um eine solch umfangreiche Produktion über die Bühne zu bringen, wurden Kredite um die 18 Mill. DM aufgenommen, dafür mußte Strückhausen im Jahr 1974 über 2 Mill. DM Zinsen zahlen. Das Loch in der Kasse wurde immer größer. Ende 1974 platzte die Sache: Strückhausen hat Schulden von ca. 5 — 6 Mill. DM. Praktisch gehört es damit jetzt direkt dem Finanzkapital.

Die Folgen bekamen sofort die Bauern zu spüren — und wie immer traf es insbesondere die Klein- und Mittelbauern hart: Die Auszahlungspreise für Milch wurden um fast 3 Pfennig zurückgedreht, so daß die Einnahmeverluste der Bauern noch größer wurden.

Die spontane Empörung der Bauern war groß. Auf Landvolkversammlungen wurden die Vertreter des Bauernverbandes heftig kritisiert. Vor dem Versammlungsraum einer Bauernversammlung in der Nähe von Nordenham verteilten wir das Extrablatt des ROTEN MORGEN über das Bauernlegen im Kapitalismus. Die einfachen Bauern waren sehr begierig auf das Extrablatt. Zwei Bauern sagten: *„Der ROTE MORGEN — jetzt geht es endlich rund."* Anders die „besonderen" Bauern, die Großbauern, die oft gleichzeitig die Posten im Bauernverband bekleiden (denn sie haben die Zeit dazu). Einer von ihnen meinte: *„ROTER MORGEN — das hat uns gerade noch gefehlt."* Er fragte eine Genossin: *„Wer hat euch denn geschickt?"* Die Genossin antwortete: *„Die Partei!"* Daraufhin der Bonze: *„Partei, Partei, da steckt doch noch was anderes dahinter!"* Gemeint hat der Bonze offensichtlich einige oppositionelle Bauern innerhalb des Verbandes, die mit der Partei sympathisieren.

Auf der Generalversammlung der Molkerei Strückhausen kurz vor Weihnachten waren die Bonzen gezwungen, alle Tricks anzuwenden, um wieder in den Vorstand zu kommen. So ließ der Landvolk-Vorsitzende des Kreises, Krüger, auf Kosten der Molkereiverwaltung Busse einsetzen, um Bauern zur Versammlung zu bringen, die seinen Lügen Glauben schenken. Ihre Posten konnten die Bonzen auf diese Weise noch einmal retten, doch ist ihr „Kredit" in der Bauernschaft stark angekratzt.

Das Beispiel Strückhausen zeigt, daß die Genossenschaften im Kapitalismus nicht vorm Bauernlegen schützen, sondern im Gegenteil, daß Kapital und Großbauern profitieren, solange der Laden läuft, die Bauern aber letztlich die Zeche dieser Herren zu zahlen haben.



Auch im letzten Jahr verendeten in Nordenham über 30 Rinder an Bleivergiftung durch die Abgase des Preussag-Hüttenwerkes „Nordenham-FAH". Das Bild zeigt Bauer Edo Mengers, wie er ein verendetes Tier aus seinem Bestand von der Weide holt.

Doch nicht nur das Vieh auf den Weiden in der Umgebung ist durch die Bleivergiftung betroffen. Wie Genossen aus Nordenham berichten, sind mehrere türkische Kollegen des Werkes an Bleivergiftung erkrankt. Die anschließende „Versorgung" durch das Werk bestand darin, daß die Kollegen kurzerhand entlassen und in die Türkei abgeschoben wurden.

Wachsende Klassenwidersprüche auf dem Land

Einen Kleinbauern trennen Welten von einem Großbauern oder Gutsherren. Jeder, der auf dem Land lebt und mit offenen Augen durch die Welt geht, sieht das. Immer größer wird die Kluft, die zwischen dem wachsenden Reichtum der Großbauern und Agrarkapitalisten auf der einen Seite und dem Elend der Klein- und Mittelbauern auf der anderen Seite. Eine interne Studie des Bundeswirtschaftsministeriums belegt dies mit Zahlen: Ein Viertel der Bauern verdient im Jahr nur noch um die 10 000 DM im Schnitt, im Monat also knappe 800 DM. Ein weiteres Viertel Großbauern, Gutsbesitzer und Agrarkapitalisten aber verdienen 47mal so viel.

Wie kommt das? Es liegt gewiß nicht daran, daß die kleinen 47mal fauler oder etwa die großen 47mal tüchtiger wären, sondern daran, daß der Kapitalismus die Konzentration der Landwirtschaft in den Händen großer Agrarkapitalisten, das Absterben der kleinen Höfe immer mehr vorantreibt. Ein wichtiges Mittel dabei ist die Subventionspolitik des kapitalistischen Staatsapparates.

Eigentlich — sollte man meinen — daß Subventionen, Unterstützungsgelder an diejenigen gezahlt werden, denen es schlecht geht. Doch tatsächlich spielt sich die Subventionsverteilung genau andersherum ab: Sie wird bestimmt durch die Abgabenmenge. Wer von einem Agrarprodukt das zehnfache abliefert, bekommt auch zehnmal soviel direkte und indirekte Subventionen, obwohl er doch sowieso mehr verdient. Sicherlich, für die kleinen und mittleren Bauern fällt dabei auch etwas ab, doch kann ihn das nicht retten: Während der Großbauer die fetten Subventionen zum Investieren benützt, kann der kleine mit seinen paar Mark Subvention vielleicht gerade die Raten und steigenden Zinsen für die Hypotheken und Kredite aufbringen, die er aufnehmen mußte. Der Unterschied aber wird auf diese Weise immer größer.

Und trotzdem versuchen Bauernverbandsführer wie von Heeremann und Feury den Bauern weiszumachen, sie müßten für höhere Subventionen kämpfen. Es ist der Versuch, die Klein- und Mittelbauern vor den Karren der Agrarkapitalisten zu spannen — und es ist nicht sehr verwunderlich, denn Leute wie Heeremann und Feury und die meisten reaktionären Führer des Bauernverbandes profitieren als Gutsbesitzer und Agrarkapitalisten selbst davon, sie haben den Bauernverband in eine Organisation verwandelt, die die Interessen der Großbauern und des Kapitals vertritt.

Vom Aufbau des Sozialismus

Albanische Arbeiter verpflichten sich zur Planübererfüllung.

Die Arbeiterklasse und die Genossenschaftsbauern in Albanien nahmen die Arbeit zur Erfüllung der Planaufgaben dieses Jahres, des letzten Jahres des laufenden Fünfjahresplanes, voll revolutionärem Schwung in Angriff. Da die albanischen Werktätigen die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus unter den Bedingungen der imperialistisch-revisionistischen Einkreisung des Landes zutiefst politisch erkannt haben, verpflichteten sie sich in diesem Jahr, die gesellschaftliche Produktion weiter zu steigern. Beachtlich soll die Förderung von Erdöl, die Produktion von Maschinen, Ausrüstungen und Ersatzteilen, die Produktion der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie erhöht werden. Die landwirtschaftliche Gesamtproduktion soll über 17% gesteigert werden. Das Bau- und Montagevolumen soll im Jahr 1975 um 9% höher liegen, als es im Fünfjahresplan für dieses Jahr festgelegt worden war. Bei der Diskussion des Planentwurfes für 1975 hatten sich die albanischen Werktätigen verpflichtet, den Plan dieses Jahres wie auch den Fünfjahresplan insgesamt nicht nur zu erfüllen, sondern überzuerfüllen. Auf der Grundlage der weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft nehmen die Einkünfte des Staatshaushaltes in diesem Jahr bis zu 7% zu. Die Ausgaben für die Finanzierung der Volkswirtschaft und für sozial-kulturelle Maßnahmen wurden ebenfalls erhöht.

Baubeginn des Eisen-Chromwerkes von Maten in Albanien

Im sozialistischen Albanien entstehen viele neue Industriewerke, die die erzverarbeitende Industrie und die Volkswirtschaft überhaupt noch mehr verstärken werden. Im Bezirk Maten begannen die Arbeiten für den Bau des Eisen-Chromwerkes. Dieses Werk wird die Verhüttung des Chromerzes ermöglichen, um den Grundstock für die Eisenlegierung zur Herstellung verschiedener Stahlsorten in dem in Elbasan im Bau befindlichen großen Eisenhüttenkombinat sowie zu anderen Bedürfnissen der Volkswirtschaft zu produzieren. Das neue Chromwerk wird mit den neuesten Maschinen und Apparaten ausgerüstet sein. Allein im ersten Abschnitt der Arbeiten werden 2 000 t Maschinen und Ausrüstungen montiert und über 2 000 t Eisenbeton und 20 000 t gewöhnlicher Beton verbraucht werden. Dieses wichtige Werk der albanischen Metallindustrie wird mit der brüderlichen und internationalistischen Hilfe der Volksrepublik China errichtet. Es wird ein weiteres Symbol der großen Freundschaft sein, die die Parteien und Völker Albaniens und Chinas verbindet, der von den Führern beider Länder, den Genossen Enver Hoxha und Mao Tsetung geschmiedeten Freundschaft.

Auf der Kundgebung, die zur Grundsteinlegung dieses Werkes veranstaltet wurde, nahmen das Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens und Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der Volksrepublik Albanien, Abdyl Kellezi, die Arbeitsgruppe des Ministeriums für wirtschaftliche Auslandsbeziehungen der Volksrepublik China, geleitet von Han Cun Chen, stellvertretender Minister für wirtschaftliche Auslandsbeziehungen, der Wirtschaftsrat der Botschaft der VR China in der VR Albanien, Li Siao Lin und andere Persönlichkeiten teil. Im Namen des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens und des Ministerrates der Volksrepublik Albanien begrüßte der Minister für Bauwesen, Rahman Hanku, die Bauschaffenden und Monteure, die an diesem Werk arbeiten werden, sowie alle anderen Anwesenden.

Hsinhua-Kommentar

Eine neue Entwicklung im Kampf der dritten Welt

Seitdem die erdölproduzierenden Länder ihr Öl als Waffe gegen den Imperialismus und besonders die beiden Supermächte eingesetzt haben, hat sich der wirtschaftliche Kampf der Entwicklungsländer gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus zu einer neuen Entwicklung herausgebildet. Die Nachrichtenagentur „Neues China" (Hsinhua) faßt diese Entwicklung in einem Kommentar zusammen, den wir im Folgenden abdrucken:

I. Viele Jahre lang haben die Imperialisten den Anspruch erhoben, daß sie die Kolonialländer „entwickelt" und deren Völker „ernährt" hätten. Besonders die Supermächte tönen in den letzten Jahren von „Gegenseitigkeit" und von „wirtschaftlicher Zusammenarbeit" zwischen den Entwicklungsländern und ihnen selbst. Das ist eine Lüge. In Wirklichkeit leben Imperialismus und Kolonialismus und heute besonders die beiden Supermächte auf Kosten der sich entwickelnden Länder und werden durch deren Ausbeutung reich. Niemals hat irgendeine „Gegenseitigkeit" bestanden.

Lenin hat betont: „Je weiter der Kapitalismus entwickelt ist, je mehr sich der Mangel an Rohstoffen bemerkbar macht, je intensiver der Wettkampf und die Jagd nach Rohstoffquellen auf der ganzen Welt wird, desto verzweifelter ist der Kampf um den Erwerb von Kolonien." Heute streben die beiden Supermächte, die USA und die SU, nach Rohstoffen und reißen sie an sich, genau wie Lenin es beschrieben hat.

Die USA, deren Anteil an der Weltbevölkerung weniger als 6% beträgt, haben fast 40% der Rohstoffe und der Energie an sich gerissen. Nach Statistiken aus dem Innenministerium der USA werden mehr als die Hälfte der grundlegenden Rohstoffe, die in den USA verbraucht werden, importiert. Darunter Aluminium, Chrom, Quecksilber und 9 andere Arten von Grundrohstoffen, die für die US-Wirtschaft lebenswichtig sind. Die Sowjetunion ist in ihrer Jagd nach Rohstoffen nicht weniger gierig als der US-Imperialismus. Nehmen wir Afrika als Beispiel. Die Sowjetunion importiert zu niedrigen Preisen Eisenerz, Holz und Diamanten, genauso aber auch große Mengen von tropischen Früchten, Nahrungsmitteln, Getränken, Kleidung und Baumwolle aus insgesamt 35 Ländern. Die Jagd nach dem Maximalprofit ist der hauptsächliche Grund für diesen Rohstoffraubzug der beiden Supermächte. Besonders deutlich bewies sich dies bei ihrem Wettkampf um das Öl.

Nach dem II. Weltkrieg haben die US-Ölmonopole reiche Ölvorkommen im Mittleren Osten entdeckt, wo gute Bohrerfolge, billige Arbeitskräfte und niedrige Investitionsausgaben die Ausbeutung der Ölvorkommen sehr profitabel machten. Wie die westliche Presse enthüllte, betrugen die Bohrkosten in Saudi-Arabien nur 1/35 der Kosten von Bohrungen in den USA selbst. Deshalb wetteiferten die US-Monopole um die Ausbeutung der Vorkommen im Mittleren Osten und hielten die Vorkommen in den USA selbst als Reserven zurück.

Die sowjetischen Revisionisten sind sogar noch verbrecherischer in ihrer Gier. Sie gehen mit skrupellosen und hinterlistigen Methoden vor. Sie versprechen wirtschaftliche „Hilfe" und verkaufen an die Länder des Mittleren Ostens Waffen zu hohen Preisen, die sie gegen billiges Öl und Naturgas tauschen, welches sie dann wiederum mit kolossalen Profiten an die westeuropäischen Länder verkaufen.

Die Parolen von der „Gegenseitigkeit" und von „wirtschaftlicher Zusammenarbeit", mit denen die beiden Supermächte hausieren gehen, geben vor, daß beide Seiten einen Nutzen hätten, da die Entwicklungsländer ja Industriegüter für die Rohstoffe eintauschen würden. Das ist falsch. Es ist schließlich bekannt, daß die Preise für Rohstoffe und Industriegüter nie gleich waren. Und nebenbei gesagt, hat sich diese Schere im Verlauf der verbrecherischen Ausbeutung durch den Imperialismus weiter vergrößert. Ein beredtes Beispiel dafür ist der sowjetische Handel mit den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Sieht man sich die letzten 10 Jahre an, so wurde zunächst ein sowjetischer Jeep für den Gegenwert von 14 Säcken Kaffee verkauft. Später kostete er 43 Säcke. Der Preis eines sowjetischen Traktors stieg von 9 Baumwollballen auf 25 Ballen. Eine Tonne Stahlprodukte wurde am Anfang für eine Tonne Bananen getauscht, später wurden 4 Tonnen dafür gefordert. Und eine Limousine kostete erst 2 Tonnen Kakaobohnen, später aber 6. Die sowjetischen Revisionisten haben niemals einen gleichen Handel mit den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas betrieben. Wie alle Imperialisten kassierten sie hohe Preise für Fertiggüter, die die Entwicklungsländer brauchten und zahlten niedrige Preise für die Rohstoffe, die sie selbst brauchten.

Die Länder der Dritten Welt, die durch ungezügelte Ausplünderung ihres natürlichen Reichtums ausgepreßt wurden, haben die Supermächte jetzt entlarvt und verurteilt. Sie haben die Tatsachen über die Ausbeutung auf internationalen Konferenzen und über die öffentlichen Medien verbreitet. Diese Tatsachen aber machen den Menschen klar, daß die Beziehungen zwischen den reichen und den armen Ländern Beziehungen zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten sind und daß die größten Ausbeuter die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion sind. Dadurch wird gleichzeitig klar, daß es notwendig ist, einen wirtschaftlichen Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus zu führen.

ZUSAMMENSCHLUSS GEGEN DIE AUSPLÜNDERUNG DURCH DEN IMPERIALISMUS – EIN WICHTIGER BESTANDTEIL DES KAMPFES GEGEN IMPERIALISMUS, KOLONIALISMUS UND HEGEMONISMUS!

II. Einheit, gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit im Kampf gegen die Ausbeutung und Ausplünderung durch die Supermächte ist eine neue Entwicklung und ein wichtiger Bestandteil des Kampfes der Länder der Dritten Welt gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus.

Als die arabischen Länder geschlossen das Öl als Waffe benutzten, begann damit ein erfolgreicher Kampf gegen den israelischen Zionismus und Hegemonismus im Oktober des letzten Jahres. Durch diesen Kampf ermutigt, haben die Entwicklungsländer eine neue Taktik entwickelt: Einigkeit, um die alte wirtschaftliche Ordnung zu durchbrechen und die Supermächte zu schlagen, die nur scheinbar übermächtig sind.

Die Entwicklungsländer einigten sich untereinander schnell darüber, an der wirtschaftlichen Front gegen den Hegemonismus zu kämpfen. Das fand seinen Ausdruck in den Fortschritten auf der UNO-Vollversammlung über die Probleme der Rohstoffe und ihrer Entwicklung im April und Mai, im Kampf für die Sicherung der Meeresressourcen und der Meeresrechte auf der 3. UNO-Sitzung über das Seerecht im Juni und August, in den Weltkonferenzen über Bevölkerungs- und Ernährungsprobleme und im Kampf zum Schutz der natürlichen Reichtümer und der Regionen. An all diesen Fronten erhielten die Supermächte heftige Schläge. Die Länder der Dritten Welt aber waren stolz über diese Beweise ihrer unermeßlichen Macht, die in ihrer Einheit liegt.

Angespornt durch den Sieg bei ihrem geschlossenen Kampf gingen die Länder der Dritten Welt daran, internationale und regionale Organisationen zu gründen. Innerhalb eines Jahres bildeten sich 7 Organisationen von rohstoffexportierenden Ländern, darunter solche, die Bauxit, Eisen, Quecksilber, Speiseöl, Zucker, Bananen und Fleisch exportieren. 42 Länder sind Mitglieder dieser Organisationen, das sind fast genauso viele Mitglieder wie in den Organisationen, die schon innerhalb der letzten 10 Jahre gegründet wurden. Auch diese alten Organisationen haben in der letzten Zeit ihre Aktivitäten verstärkt.

Vorsitzender Mao betont: „Die unterdrückten Völker und Nationen dürfen ihre Hoffnungen auf Befreiung nicht auf die ‚Vernunft' der Imperialisten und ihrer Lakaien setzen. Sie werden nur siegen, wenn sie ihre Einheit verstärken und in ihrem Kampf ausharren." Gegenwärtig sind die Länder und Völker der Dritten Welt mit ihrer reichen Erfahrung aus dem Kampf ihrer eigenen Kraft und dem Wissen um den Erfolg eines geschlossenen Kampfes mehr denn je bewußt. Sie haben eine klare Orientierung gewonnen und führen ihren Kampf mit unerschütterlichem Vertrauen und mit Entschlossenheit fort.

UM DIE POLITISCHE UNABHÄNGIGKEIT VERTEIDIGEN UND ENTWICKELN ZU KÖNNEN, MUSS DIE WIRTSCHAFTLICHE UNABHÄNGIGKEIT ERKÄMPFT WERDEN!

III. Die Entwicklungsländer sind weiter zu der Schlußfolgerung gekommen, daß sie, nach errungener politischer Unabhängigkeit, den Kampf gegen Ausplünderung und Kontrolle auf wirtschaftlichem Gebiet weiterführen müssen, um so ihre legitimen nationalen Rechte und Interessen zu verteidigen, ihre natürlichen Reichtümer zu kontrollieren und ihre politische Unabhängigkeit erfolgreich zu konsolidieren und zu entwickeln.

Diese Schlußfolgerung wurde aus der Erfahrung des Kampfes gezogen. Nicht wenige Länder der Dritten Welt haben nämlich feststellen müssen, daß sie auch nach der Erringung der politischen Unabhängigkeit wirtschaftlich immer noch abhängig waren von der Gnade anderer, weil bei den alten wirtschaftlichen Strukturen und Schlüsselbranchen keine grundlegenden Änderungen durchgeführt worden waren. So entstand eine neue Form der Unterdrückung, der Neokolonialismus. Vor allem die beiden Supermächte, die scheinbar die Unabhängigkeit der Länder anerkannten, fuhren in Wirklichkeit und mit ihren Taten fort, sie als billige Quelle für Rohstoffe und als Abladeplatz zum Aufnehmen teurer Güter, exportierten Kapitals und zum Abwälzen wirtschaftlicher Krisen zu betrachten. Darüberhinaus greifen sie offen in die Wirtschaftspolitik dieser Länder ein und verletzten ihre souveränen Rechte. Sie bringen so mehr Elend über die Entwicklungsländer, als das die alten Kolonialisten der Vergangenheit getan haben.

Um diese ernste Situation zu ändern, haben in den letzten Jahren eine Reihe von Entwicklungsländern begonnen, ihre souveränen Rechte auszuüben, indem sie Maßnahmen ergriffen, die Schritt für Schritt die wirtschaftliche Kontrolle durch die alten und neuen Kolonialisten, besonders durch die Supermächte, abschaffen sollen. Nach der Erringung der Unabhängigkeit haben viele von ihnen ausländische Gesellschaften, die für die Wirtschaft lebensnotwendig sind wie Banken, Transportwesen, Energie, Import- und Exportgesellschaften zu nationalisieren oder allmählich ihren eigenen Anteil zu steigern begonnen. Weiter wurden ausländischen Investitionen Schranken auferlegt, der Ausfluß der Profite strenger überwacht und die Kontrolle über diese Unternehmen verstärkt. Diese Länder haben außerdem eine strengere Handhabung des Außenhandels eingeführt, den Importen Restriktionen auferlegt und zu Exporten ermutigt, um so allmählich dem Handel von ungleichen Werten ein Ende zu machen. Die lateinamerikanischen Länder haben dieses Jahr wiederholte Kämpfe geführt, um ihre nationalen Reichtümer zu schützen. Einige haben systematisch den Schritt der Nationalisierung von Benzin und Eisen im Einklang mit ihren aktuellen Bedingungen beschleunigt. Die mittelamerikanischen Länder haben als Maßnahme gegen die US-imperialistischen Monopolgesellschaften die Exportsteuern für Bananen erhöht. Die afrikanischen Länder haben große Erfolge erzielt im Kampf für das Recht auf Selbstbestimmung auf dem Gebiet des Geld- und Finanzwesens und des Außenhandels. In den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit haben die schwarzen afrikanischen Länder weder Banken gehabt noch das Recht, eigene Währungen herauszugeben und waren so in Finanz- und Geldschwierigkeiten. Später haben sie – bis auf einige, die ihre Unabhängigkeit erst später errangen, allmählich die ausländischen Banken nationalisiert, eigene nationale Banken gegründet und ihre eigene Währung geschaffen und so erfolgreich ihr Recht auf finanzielle Selbstbestimmung verteidigt. Eine andere Gruppe von Ländern hat sich die fremden Plantagen und Farmen zurückgeholt und per Gesetz den Landbesitz durch Ausländer verboten und sich so die Kontrolle über den Gebrauch des Bodens gesichert.

IM KAMPF GEGEN DEN IMPERIALISMUS WIRD DEM AUFBAU DER NATIONALEN WIRTSCHAFT MEHR UND MEHR AUFMERKSAMKEIT GEWIDMET

IV. Um das koloniale Joch vollständig abzuschütteln und vollständige wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erringen, haben die Entwicklungsländer, während sie ihren Kampf gegen den Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus verstärkten, gleichzeitig dem Aufbau der nationalen Wirtschaft mehr und mehr Aufmerksamkeit gewidmet.

In Anbetracht der Tatsache, daß ungünstige Monokulturen bestanden, die noch aus der kolonialen Unterdrückung herrührten, haben die Entwicklungsländer ihre hauptsächliche Aufmerksamkeit der Entwicklung der Landwirtschaft gewidmet, um sich mit Nahrungsmitteln selbst versorgen zu können. Im Bewußtsein der strategischen Bedeutung der Nahrungsmittelproduktion haben sie begeistert Entwicklungsrichtlinien für die Landwirtschaft geschaffen. Zu den positiven Maßnahmen, die ergriffen wurden, zählen wachsende landwirtschaftliche Investitionen, Darlehen und Unterstützungen, Kürzungen der landwirtschaftlichen Steuern, der energische Aufbau von Wasserkonservierungsprojekten und die Verbesserung der Anbautechnik. Um die Abhängigkeit von „importiertem Getreide" zu beenden, ruft man in Zaire den Geist der „salongo" (Arbeit) an. In Sri Lanka hat eine Bewegung zur Produktion von Nahrungsmitteln begonnen, um so „die Schwierigkeiten aus eigener Kraft zu überwinden". Mexiko treibt die Entwicklung der Landwirtschaft als eine dringende Aufgabe voran und die Regierung von Guyana ruft zu größerer Aufmerksamkeit für die Landwirtschaft auf, damit die Abhängigkeit von den Nahrungsmittelimporten beendet wird. Diese Richtlinien und Maßnahmen sind ein Beitrag für das Anwachsen der landwirtschaftlichen Produktion.

Gleichzeitig sind sich die Entwicklungsländer einig, daß die Entwicklung der nationalen Industrie ein Weg ist, auf dem die Abhängigkeit von importierten industriellen Produkten allmählich verringert und schließlich ganz beendet werden kann. Mit energischer Unterstützung durch die Regierungen werden in Ländern wie Sambia, Tansania, Kenia, Kamerun und an der Elfenbeinküste kleine und mittlere nationale Industrien aufgebaut, die gute Erfolge erzielt haben. In Tansania, das eine relativ schnelle Entwicklung genommen hat, wurden in der ersten Zeit Zement- und Metall-Betriebe aufgebaut und Walzwerke. Die jährliche Wachstumsrate des industriellen Ausstosses betrug im Durchschnitt 10-15% und die Selbstversorgungsrate bei industriellen Produkten stieg von 25% auf 67% an.

Im Verlauf der Entwicklung ihrer nationalen Industrie haben die Entwicklungsländer begonnen, zusammenzuarbeiten und sich gegenseitig zu unterstützen. 16 westafrikanische Länder haben einen „Westafrika-Reis-Entwicklungsbund" gegründet und erhebliche Anstrengungen auf sich genommen, um eigene Techniker und Arbeiter auszubilden und so die Erfahrungen des Reisanbaus zu popularisieren. Die Landwirtschaftsminister der Mitgliedsstaaten der Karibischen Gemeinschaft haben sich mehrmals getroffen, um Maßnahmen zur Erreichung der Selbstversorgung bei den Nahrungsmitteln zu diskutieren.

Die Länder der Dritten Welt haben bewiesen, daß die Möglichkeiten für die Entwicklung ihrer nationalen Wirtschaft grenzenlos sind. Sie sind vollständig in der Lage, die industrielle und landwirtschaftliche Produktion fortzuführen, wenn sie hartnäckig den Weg der Unabhängigkeit und des Vertrauens auf die eigene Kraft in Übereinstimmung mit den jeweiligen Bedingungen in ihrem Land gehen. Die pessimistischen Prognosen, die die Imperialisten verbreiten, entbehren jeder Grundlage. Der Kampf der Länder der Dritten Welt gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus auf wirtschaftlichem Gebiet entfaltet sich breit. Jedoch werden der Imperialismus und die Supermächte im besonderen ihre Niederlage nicht ohne weiteres hinnehmen. Sie werden nicht einfach ihr Ziel aufgeben, vom Reichtum anderer Länder zu leben.

Der Kampf auf wirtschaftlichem Gebiet ist deshalb sicher lang und hart und der gegenwärtige Kampf ist erst ein Vorspiel. Aber die Länder der Dritten Welt sammeln Erfahrungen und verstärken ihren Kampf. Sie marschieren triumphierend vorwärts.

Unter der Maske des "liberalen Mahners"

Propaganda für Mord an Revolutionären

„*Das für die Haftbedingungen allein zuständige Gericht wird nichts einräumen, was Ihnen und Ihrer Gruppe die Fortführung eines revolutionären Kampfes in der Haftanstalt ermöglichen würde. Sie können lediglich Ihren Hungerstreik aufgeben oder ihn bis zur akuten Lebensgefahr, ja — möchte ich hinzufügen — bis zu Ihrem Tode fortsetzen.*" — Eine offene Erpressung und nichts anderes ist dieser zweite Brief des früheren Bundespräsidenten Heinemann an die Genossin Ulrike Meinhoff. Im Gewand des „liberalen Mahners", das durch vorherige Interviews und den ersten Brief fabriziert wurde, übernimmt Heinemann hier eine Vorreiterrolle dabei, die Todesstrafe für Revolutionäre als Prinzip der westdeutschen Klassenjustiz zu propagieren.

Die Alternative Heinemanns und des bürgerlichen Gerichtes heißt: Entweder den Hungerstreik aufgeben, also durch Isolationsfolter und Vernichtungshaft langsam zugrundegerichtet werden, oder den Hungerstreik weiterführen und dabei ermordet werden. Es ist Heinemanns „Verdienst", daß er dabei klipp und klar sagt, daß es bei der Isolationsfolter gegen die RAF-Genossen nicht um „Sicherheitsmaßnahmen" gegen „Mörder und Bankräuber" sondern um den Kampf der bürgerlichen Klassenjustiz gegen Revolutionäre geht.

Heinemann ist nicht der einzige, den die Bourgeoisie aus der „liberalen Ecke" den Mord an Revolutionären als „Prinzip des Rechtsstaats" vertreten läßt. Gleichzeitig haben sich mehrere Politiker zu Wort gemeldet, die plötzlich ihren Abscheu gegen die Zwangsernährung der RAF-Genossen entdeckt haben. So zum Beispiel der rheinland-pfälzische Justizminister Theisen, der in einem Interview mit dem „Deutschlandfunk" erklärte, die „Fürsorgepflicht" des Staates dürfe nicht zur „Achtung der Menschenwürde" in Widerspruch geraten und deshalb müsse man eben überlegen, ob die Zwangsernährung fortgesetzt werden könne. Auch für Theisen steht natürlich außer Frage, daß sich Isolationsfolter und Vernichtungshaft mit der „Achtung der Menschenwürde" vertragen. Seine Argumentation zielt auf nichts anderes ab, als die Vorschläge eines Carstens auch, die kämpfenden RAF-Genossen einfach krepieren zu lassen, nachdem sich nach monatelanger Zwangsernährung gezeigt hat, daß dieses Mittel untauglich ist, um den Widerstand der gefangenen Revolutionäre zu brechen.

Die Bourgeoisie weiß natürlich, daß solche offenen politischen Morde auf heftigsten Widerstand bei allen fortschrittlichen Menschen in unserem Land und im Ausland stossen werden. Deshalb versucht sie parallel zu der propagandistischen Vorbereitung dieser Mordanschläge immer wieder, den Kampf der RAF-Genossen als Spinnerei hinzustellen, als selbstmörderischen Spektakel gegen Angriffe, die gar nicht bestehen.

Dazu benutzt sie in den letzten Wochen unter anderem den wegen des Lehbach-Raubmordes zu lebenslanger Haftstrafe verurteilten Fuchs. Fuchs beschrieb in einem Brief seine Haftbedingungen, die schlimmer gewesen seien als die der „Baader-Meinhoff-Gruppe", nur um dann festzustellen, daß allerdings von Isolationsfolter und Vernichtungshaft keine Rede sein könne. Wer die Haftbedingungen so empfinde, der müsse die Schuld dafür in seiner Persönlichkeit suchen. Genauso erklärte der wegen Mord verurteilte Kamphausen, er protestiere mit seinem Ausbruch gegen Haftbedingungen, die schlimmer seien als die der „Baader-Meinhoff-Gruppe".

Mit solchen Auftritten von Kriminellen versucht die Bourgeoisie zu „beweisen", daß es den RAF-Genossen in Wirklichkeit doch besser ginge als vielen anderen und will so den Vorwurf entkräften, daß Isolationsfolter und Vernichtungshaft Kampfmittel gegen politische Feinde der Bourgeoisie, gegen Revolutionäre und Kommunisten sind.

Diese immer neuen Versuche der Bourgeoisie, ihre Verbrechen zu rechtfertigen, werden allerdings die Solidarität mit dem Kampf der RAF-Genossen nicht schwächen können. Erst in den letzten Tagen haben 100 Menschen aus Dänemark gegen die Haftbedingungen der Genossen protestiert. Der Kampf gegen Isolationsfolter und Vernichtungshaft geht weiter.

Mit neuer Strafprozeßordnung im Rücken

Schauprozess soll ohne RAF-Genossen durchgezogen werden

Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe hat angekündigt, daß der Prozeß gegen die Genossen Ulrike Meinhoff, Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe schon kurz nach Ostern, im April oder Mai stattfinden soll. Es ist bemerkenswert, wie eilig die bürgerliche Klassenjustiz es jetzt hat, das Hauptverfahren gegen die RAF-Genossen zu eröffnen.

Unverfroren versuchen die Bundesanwaltschaft und das Gericht nun den Eindruck zu erwecken, als ob sie schon immer den sehnlichen Wunsch gehabt hätten, daß der Prozeß möglichst schnell beginnt, während die bisherige Verzögerung einzig zu Lasten der Verteidiger und der RAF-Genossen selbst ginge. Das ist nichts anderes als Augenwischerei und Demagogie, um die planmäßige Verzögerung des Hauptverfahrens durch die Bundesanwaltschaft und das Gericht zu vertuschen.

Tatsache ist jedoch, daß die Verteidiger z.B. von Monika Berberich und Horst Mahler schon vor längerer Zeit Beschwerde bei der „Menschenrechtskommission" des Europäischen Gerichtshofes eingelegt haben, in der sie die gesetzwidrige Länge der Untersuchungshaft und die Isolation angeprangert haben und auf eine Beschleunigung des Verfahrens drängten. Es zeigt nur den Charakter dieser sogenannten „Menschenrechtskommission", daß sie diesen Antrag abgelehnt hat. Tatsache ist auch, daß die Bundesanwaltschaft in der Vergangenheit als Begründung für die Verzögerung des Prozesses stets solche Argumente bereithielt wie „Die Materie ist so umfangreich und kompliziert, da dauert es natürlich länger." Zuletzt hat sie sogar zigtausende Blätter von Ermittlungsakten vor den Verteidigern zurückgehalten und auf diese Weise versucht, den Prozeßbeginn noch weiter hinauszuschieben.

Das Manövrieren und die Verzögerungstaktik der Bundesanwaltschaft zeigt die Angst der bürgerlichen Klassenjustiz vor einem Prozeß gegen die gefangenen Revolutionäre, bei dem sie selbst und das ganze imperialistische Unterdrückersystem auf der Anklagebank sitzen wird. Mit monatelanger, in vielen Fällen sogar jahrelanger Isolationsfolter und Vernichtungshaft in den Gefängnissen haben die Organe dieses Staates versucht, ihre politischen Gegner psychisch und physisch zu vernichten. Holger Meins haben sie ermordet, Astrid Proll mußte nach jahrelanger Isolationshaft schwerkrank aus dem Gefängnis entlassen werden, Katharina Hammerschmidt wurde die ärztliche Behandlung eines Tumors verweigert, so daß sie jetzt unheilbar krank ist.

Die Eile, mit der jetzt die Eröffnung des Verfahren betrieben wird, bedeutet überhaupt nicht, daß die bürgerliche Klassenjustiz jetzt etwa vernünftig geworden wäre. Im Gegenteil, nachdem die neuen Strafgesetze im Bundestag durchgepeitscht wurden, hoffen sie, die durch den Hungerstreik und die Isolationsfolter geschwächten Gefangenen wegen „selbstverschuldeter Haftunfähigkeit" vom Prozeß auszuschließen. Um sich weiter abzusichern, hat das Land Baden-Württemberg bereits ein neues Gesetz im Bundesrat eingebracht, nach dem im August eine Bannmeile um die Gerichte gezogen werden kann. Auf diese Weise mit der zusätzlichen Möglichkeit, die Verteidiger vom Prozeß auszuschließen, plant die Bourgeoisie in einem Schauprozeß die Genossen der RAF zu verurteilen.

Durch ihren entschlossenen revolutionären Kampf haben die Genossen der RAF den Plan der bürgerlichen Klassenjustiz durch die Verzögerung des Prozesses Gras über dem Fall wachsen zu lassen, ebenso verhindert, wie den Versuch, sie durch Isolationsfolter und Vernichtungshaft zu brechen. Sie haben im Gegenteil ihren Kampf verstärkt. Seit über 100 Tagen stehen sie im Hungerstreik gegen Isolationsfolter und Vernichtungshaft. Sie haben bereits durch ihre Verteidiger erklären lassen, daß sie den Prozeß zu einem Tribunal gegen den imperialistischen Staat und seine Mord- und Foltermethoden machen wollen. Ihr Kampf hat nicht nur in der Bundesrepublik breite Unterstützung gefunden, sondern darüberhinaus in vielen Ländern Europas. Bereits jetzt haben sich über 200 ausländische Rechtsanwälte bereiterklärt, in einem internationalen Komitee zur Verteidigung der RAF-Genossen und zur Aufhebung der Isolationsfolter mitzuarbeiten. Der Kampf für die sofortige Aufhebung der Isolationsfolter und Vernichtungshaft wird weitergeführt werden. Die Genossen der RAF und alle fortschrittlichen und revolutionären Menschen werden darum kämpfen, einen Schauprozeß zu verhindern. Sie werden den Prozeß ausnutzen, um den Imperialismus, seine Mord- und Foltermethoden anzuklagen.

KORRESPONDENZEN

BUXTEHUDE:

In der Nacht vom 21. auf den 22.11. 1974 brannte das Buxtehuder Jugendzentrum völlig ab. Bei den Jugendlichen bestanden keinerlei Zweifel, wo die Brandstifter zu suchen seien. In den Reihen der offenen Faschisten. Kurz zuvor hatten ca. 30 Antifaschisten, darunter Rotgardisten, Mitglieder des Jugendzentrums und Anhänger des „Kommunistischen" Bundes einen Stand der Jungen Nationaldemokraten in der Stadt gestört. Dabei drohten die Faschisten, das Jugendzentrum zu zerstören.

WUPPERTAL:

Am Morgen des 17.12.74 drangen zwei Polizisten in meine Wohnung ein. Als Vorwand hatten sie einen Hausdurchsuchungsbefehl wegen „Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz" ausstellen lassen. Aber schon das Vorgehen der Beamten des Rauschgiftdezernates (RD) machte die Fadenscheinigkeit dieser Begründung deutlich. Sie stürzten nämlich sofort auf meinen Bücherschrank und an meinen Schreibtisch. Dort durchstöberten sie ausschließlich revolutionäre Schriften, Bücher und Manuskripte. Selbst vor persönlichen Schriften machten sie nicht halt.

Später wurden dann noch Beamte von K14 dazugezogen. Die Beamten des RD machten sie sofort auf verschiedene Schriftstücke aufmerksam, z.B. Plakate die über den Mord an Genossen Günter Routhier berichteten, Flugblätter über die Isolationsfolter an Genossen der RAF, Manuskripte zur ROTEN HILFE usw. Als ich die Polizisten an der Durchsuchung persönlicher Schriften hindern wollte, bekam ich zur Antwort: „Falls Sie uns hier nicht reinsehen lassen, beschlagnahmen wir Ihre Wohnung." Schließlich zwangen sie mich unter Androhung der sofortigen Festnahme, ihnen einen Termin für ein polizeiliches Verhör zu nennen.

Auch dieses Verhör zeigte klar, daß es bei der Durchsuchung meiner Wohnung überhaupt nicht um Rauschgift ging, sondern um die Verfolgung eines Kommunisten. 15 Minuten lang versuchte man mich über die KPD/ML auszufragen. In den restlichen 5 Minuten wurde versucht, mich mit fadenscheinigen Begründungen in Zusammenhang zu bringen mit Rauschgifteinnahme und einem Apothekeneinbruch.

Anmerkung der Redaktion: Wir machen anhand dieses erpresserischen Vorgehens der Polizei gegen einen Genossen unsere Leser darauf aufmerksam, daß auch nach den Gesetzen der Bourgeoisie keine Erscheinungspflicht zu polizeilichen Vernehmungen besteht. Diese Möglichkeit sollte auch genutzt werden. Erscheinungspflicht besteht lediglich bei richterlichen Vernehmungen.

NEUENKIRCHEN/MELLE:

Wir kommen aus einem Jugendheim in Neuenkirchen/Melle und wollen berichten, wie hier die Arbeiterkinder behandelt werden. Unser Erzieher, der übrigens überhaupt keine Ausbildung dazu hat, hat ein Taschengeldsystem nach Punkten angelegt. Jeder Punkt zählt einen Pfennig. Zum Beispiel: 10 Pfennig für guten Bettenbau, 10 Pfennig für gutes Zimmeraufräumen usw. Zuspätkommen oder Rauchen im Zimmer wurden mit Taschengeldentzug bzw. mit Ausgangssperre bestraft. Ausgang gab es überhaupt nur dreimal die Woche und dann nur bis 22 Uhr. Ein Jugendlicher hat einmal eine Anzeige bekommen und 200 DM Strafe bezahlen müssen, nur weil er ein Mädchen und Alkohol mit ins Heim gebracht hat.

Auch die Prügelstrafe wurde erlaubt und geduldet. So schlug ein Erzieher auf ein Kind mit Fäusten ein, nur weil es den Eßraum mit Kuchen in der Hand verließ.

Nicht nur unser Erzieher, sondern auch die anderen waren nicht ausgebildet, sondern nur Hilfskräfte, die nicht einmal ihre eigenen Kinder erziehen konnten und sie in Internate steckten.

Unsere Arbeit konnten wir uns zum Teil nicht selber aussuchen, sondern wir mußten uns mit den „Arbeitgebern" begnügen, die der Heimleiter gut kannte. Unseren Lohn bekamen wir nie in die Finger. Er wurde vom Heimleiter „verwaltet". Die meisten Jugendlichen bekamen nach ein paar Jahren Aufenthalt nur ein paar Mark ausbezahlt. Wir fragen uns nur, woher der Heimleiter das Geld nahm, zwei Häuser zu bauen und sechs Autos zu haben?

Auch eine vernünftige Freizeitgestaltung gab es nicht. Es standen nur ein Fernseher und ein Kicker zur Verfügung.

So sah also das Leben in einem „offenen" Jugendwohnheim aus. In Wirklichkeit ist es ein Gefängnis für Jugendliche. Die 26-mm-Eisenstäbe im Keller und im Waschraum sprechen eine deutliche Sprache. Wir meinen, daß ein Heim auch eine Brutstätte für Verbrecher ist, weil viele Jugendliche zum Diebstahl usw. verleitet werden.

In diesen Heimen werden die Arbeiterjugendlichen schäbig ausgenutzt und unterdrückt. So soll ihnen das Rückgrat gebrochen werden und sie sollen zu Duckmäusern erzogen werden, damit sie sich jede Ausbeutung gefallen lassen.

WESTBERLIN:

Ich kam neulich gegen 11 Uhr zum Rathaus Wedding. An der Fassade zum großen Parkplatz hin stand in roter Farbe mit großen Buchstaben: **„Arbeiter, lest ROTER MORGEN, KPD/ML."** Ein Mann in Arbeitskleidung war dabei, die Schrift abzuwaschen. Ich ging über den Rasen auf ihn zu und fragte ihn, warum Arbeiter nicht den ROTEN MORGEN lesen sollen. Er antwortete: „Das verstehe ich auch nicht. Aber ich habe vom Amt den Auftrag, die Schrift zu löschen." Ich sagte ein paar Worte über politische Unterdrückung und angebliche Meinungsfreiheit und er murmelte Zustimmung. Da kam mir ein Gedanke. Ich hatte im Wagen einen ROTEN MORGEN, den mir meine Tochter zum Lesen gegeben hatte. Den holte ich, ging noch einmal zu dem Mann und fragte: „Wollen Sie mal einen ROTEN MORGEN lesen?" Er: „Ja, gern." Bedankte sich und steckte die Zeitung in seine Tasche.



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

WESTBERLIN:

Nachdem im August des letzten Jahres die Zelle des Genossen D. Kunzelmann durchsucht und Schriftstücke gefunden worden waren, die angeblich unerlaubte Kontakte zu Mithäftlingen beweisen, wurde gegen Kunzelmann jetzt ein Verfahren wegen §129 eingeleitet. Er soll eine kriminelle Vereinigung im Gefängnis unterstützt und mit aufgebaut haben.

BUXTEHUDE:

In Buxtehude wurde ein Student zu drei Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt, weil er am 20. 4. 1974 an einer Auseinandersetzung zwischen fortschrittlichen Menschen und Polizei beteiligt gewesen sein soll. (An diesem Tag, dem Geburtstag Hitlers, hatte die NPD einen Informationsstand aufgebaut). Obwohl mehrere Entlastungszeugen für den Studenten aussagten, wurde dem Polizeizeugen recht gegeben und den Entlastungszeugen Meineidsverfahren angedroht.

PROTESTRESOLUTION

Die hier Versammelten protestieren gegen die zunehmenden politischen Unterdrückungsmaßnahmen, insbesondere dagegen, daß Sascha Haschemi, Mitglied der ROTEN GARDE, der an der Roten Antikriegstagsdemonstration gegen Imperialismus und Krieg teilnahm, zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Jetzt soll er, da er Kommunist ist, durch eine Ausweisung an die Schergen des persischen Schahregimes durch die Behörden des westdeutschen Imperialismus auf kalte Weise erledigt werden. Das ist geplanter Schreibtischmord und muß verhindert werden. Saschas Vater ist Perser, aber Sascha ist Deutscher, er spricht nur deutsch, war nie in Persien, seine Mutter ist Deutsche. Wir schließen uns den bereits über 20 000 gesammelten Unterschriften an, mit denen bisher die sofortige Einbürgerung Sascha Haschemis gefordert wurde. Wir fordern die sofortige Ausstellung eines deutschen Passes für Sascha.

Gleiches Recht für deutsche und ausländische Arbeiter!
Weg mit den reaktionären Ausländergesetzen!

Verabschiedet am 28. 11. 1974 im „K"JV-Treff für Berlin, ca. 18 Jugendliche, einstimmig.

Ein italienischer Genosse aus dem Gefängnis

Vorwärts im Kampf gegen die Bourgeoisie

Von Genossen der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten aus Westberlin erhielten wir folgende Übersetzung aus dem Zentralorgan der KPI/ML „Nouva Unita": „Appell des Genossen Poli aus dem Gefängnis: ‚Vorwärts, Genossen, gegen die Bourgeoisie und ihre Lakaien!' "

Genosse Poli sitzt seit mehr als 6 Monaten im Gefängnis. Unverschämterweise und hinterlistig wird ihm vorgeworfen, einen „Mordanschlag auf einen Carabinieri-Unteroffizier" verübt zu haben. Genosse Poli wurde verhaftet, nachdem die antifaschistischen Massen des italienischen Volkes die Arbeitsplätze verlassen hatten und auf die Straße gegangen waren, um einen gemeinen, blutigen, faschistischen Anschlag in Brescia zu verurteilen (bei einer antifaschistischen Kundgebung in Brescia waren durch einen faschistischen Bombenanschlag mehrere Antifaschisten ermordet und viele verletzt worden – RM.

Weil Genosse Poli in Sardinien sehr bekannt ist und von den Massen geschätzt und geachtet wird, wagte es die Polizei aus Angst nicht, ihn bei der Demonstration zu verhaften. Er wurde abends in einem Cafe verhaftet. Diese Verhaftung war gleichzeitig ein Anschlag auf die KPI/ML, deren Linie immer mehr von den Massen befolgt wird, die deshalb von der Bourgeoisie und ihren Lakaien, den revisionistischen „K"PI-Führern, gefürchtet wird.

Genosse Renzo Poli schreibt:

„Liebe Genossen!

Seit meiner Verhaftung sind mehr als 6 Monate vergangen. Da ich immer noch nicht weiß, was die Bourgeoisie gegen mich vorbereitet, halte ich es für wichtig, Euch zu schreiben – und zwar aus zwei Gründen.

Der erste Grund ist, daß ich mich bei allen Freunden, Sympathisanten und Genossen der Partei für die bewiesene kämpferische Solidarität und für die finanzielle Unterstützung meiner Familie bedanken möchte. Der zweite Grund ist, daß ich Euch versichern möchte, daß trotz zahlreicher Monate der Haft meine Kampfmoral sehr hoch ist. Mein Klassenhaß gegen die Bourgeoisie und alle ihre Lakaien ist eher noch gestiegen. Selbst wenn es mir nicht vergönnt ist, die Zeitung der Partei „Nuova Unita" zu erhalten, so bin ich trotzdem immer informiert über die Kämpfe der Werktätigen gegen die reaktionären und faschistischen Kräfte, gegen jeden Versuch zu der reaktionären Wendung, die man unserem Land besonders von Seiten der Christdemokraten, der Sozialdemokraten unter der bewährten Führung des CIA aufzwingen will.

Der Kampf des italienischen Proletariats beweist, daß ungeachtet des schändlichen Verrats der Revisionisten innerhalb der Arbeiterbewegung, der Kapitalismus seinem Ende entgegengeht. Alle Versuche zum „sozialen Frieden" sind für immer zerschellt und jeder „historische Kompromiß (Vorschlag der modernen Revisionisten Italiens zu einer Koalition der bürgerlichen Parteien von der „K"PI bis zu den Christdemokraten – RM) *ist in Italien unmöglich.*

Die Richtigkeit der marxistisch-leninistischen Prinzipien und die Massenlinie unserer Partei beweisen sich im Klassenkampf unseres Landes.

Die reaktionären Manöver der Bourgeoisie, die polizeistaatliche Unterdrückung, die faschistische Gewalt – all das sind Angriffe, die an der Mauer zerschellen werden, die die Ausgebeuteten gegen ihre Ausbeuter errichtet haben. Die Ausbeutung und Unterdrückung durch den kapitalistischen Staat werden dem Klassenkampf neue Impulse geben. Dadurch rückt das Ende für alle Reaktionäre immer näher heran. Jede Maßnahme der Unterdrückung, wird ein Stein sein, der von den Reaktionären erhoben, auf ihre Füße zurückfällt. Jeder Versuch der modernen Revisionisten, die revolutionäre Bewegung zu bremsen, wird am revolutionären Geist und am tiefen Kampfwillen der werktätigen Massen gegen die Bourgeoisie zerschellen.

Weg mit der MSI! **(italienische faschistische Partei – RM)** ***Vorwärts Genossen, gegen die Bourgeoisie und alle ihre Lakaien! Es lebe die Diktatur des Proletariats! Es lebe Marx, Engels, Lenin, Stalin! Es lebe Genosse Mao Tsetung und Enver Hoxha!***

Kommunistische Grüße
Renzo Poli "

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

ORGANO CENTRALE DEL PARTITO COMUNISTA D'ITALIA (m.-l.)

Betriebsrat im Landeskrankenhaus

Zynische Hetze gegen RAF-Genossen

Im Dezember erschien in der Hauszeitung des Landeskrankenhauses Dortmund, einer Zeitung für Personal und Patienten, die vom Betriebsrat herausgegeben wird, folgende Mitteilung:

„Warnung vor Anschlägen durch Mitglieder der Baader-Meinhof-Organisation! Die Ereignisse nach dem Tode Holger Meins und der kritische Gesundheitszustand der noch im Hungerstreik befindlichen BM-Mitglieder Ensslin, Baader und Raspe lassen weitere Anschläge, insbesondere auf Institutionen der öffentlichen Hand, für möglich erscheinen. Alle Dienststellen des Landschaftsverbandes sind daher aufgerufen, verstärkte Maßnahmen zur Eigensicherung zu treffen." Zur Unterstützung dieser „Eigensicherung" werden im Folgenden die Leser aufgerufen, insbesondere die Besucher des Krankenhauses zu bespitzeln, auf fluchtverdächtige Kraftfahrzeuge zu achten usw. Die „Warnung" schließt: *„Schützen Sie unsere Patienten, schützen Sie sich und Ihre Kollegen!"*

Diese offensichtlich zentrale Anweisung (An alle Dienststellen des Landschaftsverbandes!), die der Betriebsrat hier publiziert, zeugt wirklich von beispiellosem Zynismus. Daß die befürchteten Anschläge durch die RAF auf ein Krankenhaus völlig aus der Luft gegriffen sind, ist sowohl den ÖTV-Bonzen des Landeskrankenhauses als auch dem bürgerlichen Staatsapparat bestens bekannt. Schließlich sah sich sogar die bürgerliche Presse nach dem faschistischen Anschlag in Bremen gezwungen, eine Pressemitteilung der RAF-Gefangenen zu zitieren, die die Überschrift trug: *„Anschläge der RAF richten sich niemals gegen das Volk."* Tatsächlich ist diese „Warnung" Teil der Bemühungen der Bourgeoisie, mit denen sie bereits seit geraumer Zeit versucht, eine Einweisung der schwerkranken RAF-Genossen, die mit ihrem Hungerstreik gegen Isolationsfolter und Vernichtungshaft kämpfen, in die öffentlichen Krankenhäuser am „Widerstand der Krankenhäuser" scheitern zu lassen. Mit dieser Begründung wurden für hunderttausende von Mark gefängnisinterne Intensivstationen eingerichtet, wo die gefangenen Revolutionäre den mörderischen Praktiken der bürgerlichen Klassenjustiz und ihrer Ärzte völlig ausgeliefert sind. Ein Aufenthalt in einem Krankenhaus mit Behandlung durch Ärzte der freien Wahl wird seit Wochen und Monaten auch dem nur wenige Kilometer vom Dortmunder Landeskrankenhaus entfernt im Bochumer Gefängnis inhaftierten Genossen Lothar Gend verweigert.

Mit seiner „Warnung" vor den RAF-Genossen stellt sich der ÖTV-Betriebsrat offen in den Dienst des imperialistischen Staatsapparates, der – zuletzt durch den ehemaligen Bundespräsidenten Heinemann – inzwischen immer unverhüllter zugibt, daß er die gefangenen RAF-Genossen mit dem Tod bestrafen wird, wenn sie ihre revolutionäre Haltung und ihren mutigen Kampf nicht aufgeben. Denn was unterscheidet schließlich diesen Betriebsrat in einem Krankenhaus, für den der Tod von Holger Meins und der „kritische Gesundheitszustand" anderer Genossen der RAF ausschließlich als Anlaß für seine unverschämte Hetze gegen die Genossen dienen, von einem Carstens, der danach schreit, die im Hungerstreik befindlichen Genossen doch einfach krepieren zu lassen?

Die ÖTV-Bonzen im Gesundheitswesen und die entsprechenden Gesundheitsbehörden beweisen hier, daß ihre Medizin tatsächlich eine Klassenmedizin ist. Interesse an Gesundheit und Leben der Menschen kennt diese Medizin nur, wenn diese Menschen der herrschenden Klasse angehören. Die Werktätigen werden notdürftig zusammengeflickt, damit sie noch eine Weile für den Profit des Kapitals arbeiten können. Sie müssen jährlich zu hunderttausenden an den modernen Seuchen wie Krebs, Herzinfarkt usw. sterben. Und sie müssen damit rechnen, von verbrecherischen Ärzten und Bonzen dieses Gesundheitssystems offen bekämpft, mißhandelt, gefoltert und ermordet zu werden, wenn sie Revolutionäre und Kommunisten sind. So wie es unserem Genossen Günter geschah, der weder vom Polizeiarzt noch von anderen Ärzten behandelt wurde, bis es zu spät war. So wie es in den Gefängnissen mit den Genossen der RAF geschieht, die unter ärztlicher Aufsicht langsam zu Tode gefoltert werden.

Hannover : Neue Fahrpreiserhöhungen

"K"JV-Führer rufen zur Kapitulation auf

In Hannover sollen im Frühjahr die Tarife im öffentlichen Nahverkehr erhöht werden. Entsprechende Pläne des Stadtrates und des „Großraumverbandes" der Verkehrsgesellschaften sind jetzt bekannt geworden. Als die Pläne des Stadtrates von Hannover bekannt wurden, ergriffen die Genossen der Partei die Initiative zur Gründung eines Komitees gegen die Fahrpreiserhöhungen, um den revolutionären Klassenkampf gegen die Teuerung im öffentlichen Nahverkehr auf breiter Basis führen zu können.

In diesem Zusammenhang führten die Genossen auch Verhandlungen mit dem „K"JV, der Jugendorganisation der GRF, über eine Aktionseinheit. Gleich zu Beginn der Verhandlungen legten die „K"JV-Führer ein Papier vor, in dem sie über die Aufgaben des Komitees schrieben: *„Hier haben auch gerade die* ***Schüler und Studenten eine wichtige Aufgabe, nämlich nicht, sich isoliert auf die Schienen zu setzen und die müden Kollegen am Nachhausefahren zu hindern..."***

Das war ein offener Aufruf zur Kapitulation vor dem Klassenfeind, ein Aufruf zum Verzicht auf den militanten, entschlossenen, unversöhnlichen Kampf gegen den Stadtrat und die Nahverkehrsgesellschaften als dem einzigen Weg, die Fahrpreiserhöhungen zu verhindern. Die Werktätigen von Hannover haben diese Erfahrung in den vergangenen Jahren selbst machen können.

Schon 1970 gingen tausende von Arbeitern, Angestellten, Jugendlichen, Hausfrauen und Rentnern auf die Straße, blockierten die Schienen, hielten machtvolle Demonstrationen ab und kämpften zeitig die fortschrittlichen Schüler und Studenten auf den Leim zu locken versuchen, indem sie sie als die Hauptkraft, als die eigentliche revolutionäre Kraft darstellen – nur um sie dann mit dem Hinweis auf die „zurückgebliebene Arbeiterklasse" auf die Bahn des Opportunismus und Revisionismus zu führen.

Selbstverständlich erwähnten die Führer des „K"JV in ihrem Papier auch mit keinem Wort die gefährliche Rolle der Revisionisten und die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Staatsapparat, der die Kämpfe der Werktätigen mit Gewalt zu unterdrücken versucht. Stattdessen propagierten sie einen ellenlangen Forderungskatalog mit eigenen Forderungen für Rentner, Arbeitslose, Hausfrauen, Arbeiter usw., um eine einheitliche Kampffront von vorneherein zu erschweren, vor allem aber um von der Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfes abzulenken.

Der Opportunismus der Führer des „K"JV stieß nicht nur auf den geschlossenen Widerstand der Genossen der Partei, sondern wurde auch



Demonstration gegen Fahrpreiserhöhungen in Essen

mutig gegen die Polizei, die mit Gummiknüppeln und Wasserwerfern versuchte, den Kampf zu unterdrücken. **Durch den entschlossenen Kampf konnte damals eine teilweise Zurücknahme der schon beschlossenen Fahrpreiserhöhungen erkämpft werden.** Im Februar 1972 waren es erneut tausende von Werktätigen, die die Schienen blockierten, Beton in die Weichen gossen und sich erneut heftige Kämpfe mit der Polizei lieferten. **Erst als es den modernen Revisionisten der D„K"P gelang, durch ihre Demagogie von der Sinnlosigkeit gewaltsamer revolutionärer Aktionen die Kampffront zu spalten, hatte der Stadtrat gewonnenes Spiel und konnte die Fahrpreiserhöhungen durchsetzen.** Und auch heute herrscht große Empörung in den Betrieben und viele Kollegen sind nicht bereit, sich diese neuen Angriffe auf ihre Lebenslage gefallen zu lassen.

Allein diese Tatsachen beweisen die Verlogenheit der Behauptung von den „müden Kollegen". Mit dem Argument „die Arbeiterklasse ist noch nicht so weit", haben die Opportunisten seit jeher versucht, den Verzicht auf den revolutionären Klassenkampf und ihren Verrat zu „begründen". Besonders hinterhältig ist es, daß die „K"JV-Führer gleich-

von vielen Mitgliedern ihrer Organisation abgelehnt, so daß bei den Verhandlungen von vier „K"JV-Genossen drei die Linie der Partei unterstützten und gegen ihre Führerin stimmten. Bei den nächsten Verhandlungen wurden diese drei Genossen ausgewechselt. Schließlich wurde eine revolutionäre Plattform angenommen, die auf einer Versammlung des „K"JV große Zustimmung fand. Nachdem diese Plattform als Flugblatt verteilt worden war, fand am 21. Dezember die Gründungsveranstaltung des Komitees statt, an der sich 80 Menschen beteiligten. Auf dieser Veranstaltung erklärten die Führer des „K"JV plötzlich, sie könnten der Plattform nicht mehr zustimmen und es gelang ihnen, in Zusammenarbeit mit Spontaneisten, eine Änderung durchzusetzen. **Die offen antikommunistische Politik, das Taktieren und Lavieren, all das wird den ehrlichen Genossen des „K"JV weiter die Augen öffnen. Die Genossen aus Hannover berichten aufgrund der Diskussion nach der Veranstaltung, daß die Führer des „K"JV zwar noch einmal die Rolle als Wasserträger des modernen Revisionismus haben spielen können, aber daß sie sich sicherlich darüber nicht lange freuen können.**

Sozialimperialisten plündern Afghanistan

Am 17. Juli 1973 putschte der jetzige Präsident von Afghanistan, Daud Khan gegen seinen Vetter, den König Mohammed Zahir. Er rief die Republik aus, und er selbst, vor allem aber die sowjetischen Sozialimperialisten und ihre revisionistischen Nachbeter bezeichnen diesen Putsch als „Volksrevolution". In Wirklichkeit hat der Putsch Dauds jedoch keines der dringenden Probleme des afghanischen Volkes gelöst. Das Volk wünschte die Befreiung vom Imperialismus, besonders vom US-Imperialismus. Daud Khan aber hat die sowjetischen Sozialimperialisten ins Land geholt und Afghanistan zu einem Schauplatz der Rivalität der beiden Supermächte gemacht. Das Volk kämpfte für die Beseitigung der Feudalherrschaft, gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Unter der Herrschaft Daud Khans aber hat sich an der elenden Lage des Volkes nichts geändert.

Schon 1965 hatte das faschistische Regime des Königs Zahir versucht, den wachsenden Kämpfen des Volkes gegen sein Regime mit einer „neuen Verfassung" zuvorzukommen. Damals wurde ein neues „Parlament gewählt", das die Interessen der Feudalherren, der Handelsbürokratie und der mit dem ausländischen Imperialismus verflochtenen Bourgeoisie vertrat. Um den Schein zu wahren, sollten die Parlamentsdebatten öffentlich sein.

Am Tage der Parlamentseröffnung hatte sich eine große Menge von Menschen, darunter besonders die fortschrittlichen Studenten der Universität Kabul, vor dem Parlamentsgebäude versammelt, um an der Parlamentseröffnung teilzunehmen. Voller Angst ließ Zahir Polizei aufmarschieren und sperrte den Zugang zum Parlament. Bei den folgenden Auseinandersetzungen verletzte die Polizei viele Studenten. **Diese veranstalteten daraufhin eine Demonstration, der sich mehrere tausend Arbeiter, Bauern, Angehörige anderer unterdrückter Klassen und Schichten anschlossen. Diese machtvolle Demonstration zum Parlament bzw. zum Sitz des Ministerpräsidenten wurde von der Regierung blutig niedergeschlagen, die auf die unbewaffneten Demonstranten aus Panzern sowjetischer Bauart schießen ließ. Dabei wurden hunderte von Menschen ermordet bzw. verletzt.**

Seit diesem Tag hat sich das afghanische Volk immer wieder in machtvollen Kämpfen gegen seine Unterdrücker erhoben. Tausende von Arbeitern beteiligten sich an Streiks und Demonstrationen, in vielen Teilen des Landes erhoben sich die armen und mittleren Bauern zum Aufstand gegen die Feudalherren. In den Städten streikten und demonstrierten die Schüler und Studenten gegen das verhaßte Regime des Königs. Alle diese Kämpfe, die revolutionäre Bewegung des Volkes, erschütterten das Regime des Königs Zahir. In dieser Situation startete Daud – mit Unterstützung der sowjetischen Sozialimperialisten – seinen Putsch unter dem Banner der „Volksrevolution", um einer wirklichen Volksrevolution zuvorzukommen, die Herrschaft der alten Ausbeuterklassen zu retten und die Befreiung des Landes vom Imperialismus zu verhindern. Daud Khan gab nach dem Putsch selbst zu, daß er seinen Vetter mehrmals gewarnt hat, daß sich die Herrschaft der Familie in Gefahr befindet und daß etwas „unternommen werden" müsse.

Die sowjetischen Sozialimperialisten haben nach dem Putsch die Wirtschaft, das Militär und die Politik mehr und mehr unter ihre Kontrolle gebracht. Wie die alten Imperialisten plündern sie die Rohstoffe und Naturschätze des afghanischen Volkes. Die „Freunde der Volksrevolution" kauften auch nach dem Putsch afghanisches Erdgas zu einem Preis von 5,68 Dollar pro 1 000 cbm, um es in andere Länder für 16 Dollar zu verkaufen. Ihr Profit, den sie dem afghanischen Volk rauben, beträgt dabei 300%. Auf der anderen Seite haben sie Afghanistan zu einem Supermarkt für ihre Waren gemacht und deren Preise jährlich um bis zu 100% gesteigert. Die Ausplünderung durch die Imperialisten, vor allem die sowjetischen Sozialimperialisten, hat die Lage des Volkes sehr verschlechtert. Die Teuerung hat eine Höhe wie nie zuvor erreicht. Ein Kilogramm Fleisch z.B. kostet heute 85 Afghanie (ca. 4 DM). Ein Arbeiter jedoch verdient, wenn er Arbeit findet, 2 – 3 Afghanie in der Stunde, am Tag ca. 30 Afghanie.

Die sowjetischen Sozialimperialisten haben Afghanistan angestiftet, Ansprüche auf die Nordwestprovinz von Pakistan zu erheben. Gleichzeitig haben sie die sogenannte „Befreiungsfront von Belutschistan" gegründet, die Ansprüche auf ein Drittel des arabischen Golfes, zwei Provinzen von Pakistan und die Grenzgebiete des Iran zu Pakistan und Afghanistan erhebt. Die Neuen Zaren verfolgen auf diese Weise ihre Pläne zur weiteren Zerstückelung Pakistans, um einen Zugang zum Indischen Ozean zu bekommen, der ihren Interessen beim Ringen mit den USA-Imperialisten um die Vorherrschaft im Indischen Ozean dient. Nach dem Willen der Sowjetunion soll Afghanistan außerdem – und Daud hat das ausdrücklich begrüßt – dem Plan eines „kollektiven Sicherheitspaktes" in Asien zustimmen, mit dem das Land endgültig an die Sozialimperialisten verkauft werden soll.

All das schafft eine bedrohliche Situation für das afghanische Volk und zeigt deutlich, daß die „Volksrevolution" Dauds in Wirklichkeit ein Putsch war, mit dem die Ausbeuterklassen ihre Herrschaft zu retten versuchen und der das Land dem Zugriff der sowjetischen Sozialimperialisten ausliefert.

Nieder mit dem Warschauer Pakt!

Am 24. 12. 1974 erschien in der Pekinger „Volkszeitung" ein Artikel, der unter der Überschrift „Ein Instrument für die revisionistisch-sozialimperialistische Aggression" die aggressiven imperialistischen Ziele des Warschauer Paktes entlarvt. Wir drucken diesen Artikel in Auszügen ab.

Gegenwärtig betreiben die sowjetischen Sozialimperialisten eifrig Expansion und Aggression und ringen gemeinsam mit dem USA-Imperialismus erbittert um die Vorherrschaft in der Welt. Europa ist der strategische Brennpunkt ihrer Rivalität und der Warschauer Pakt spielt dabei eine besondere Rolle. Bei ihrem Plan, die USA aus Europa herauszudrängen und die Alleinherrschaft über Europa zu erlangen, benutzen die sowjetischen Revisionisten seit Jahren den Warschauer Pakt, um die Kontrolle über Osteuropa und seine Versklavung voranzutreiben, den westeuropäischen Ländern zu drohen und ihren Einfluß dorthin auszudehnen. Der Warschauer Pakt, der unter der Kontrolle der sowjetisch-revisionistischen Renegatenclique steht, ist deshalb seit langem ein höchst aggressiver militärischer Block geworden.

Unter dem Deckmantel der „sozialistischen Gemeinschaft" haben die sowjetischen Sozialimperialisten eine große Zahl von osteuropäischen Ländern in Abhängigkeit gebracht. Der Warschauer Pakt wird dabei von ihnen als Werkzeug benutzt, um ihre kolonialistische Herrschaft über diese Länder mit militärischer Kontrolle und militärischer Besetzung abzusichern.

Das Vereinigte Kommando der Streitkräfte des Warschauer Paktes hat immer unter vollständiger Kontrolle der sowjetischen Revisionisten gestanden. Alle seine obersten Kommandeure sind ohne Ausnahmen sowjetische Vizeverteidigungsminister gewesen und alle seine Mannschaftskommandeure sowjetische Offiziere. Repräsentanten der anderen Mitgliedstaaten besetzen ausnahmslos zweitrangige Posten. Es sind die sowjetischen Revisionisten, die in der Führung die Befehle diktieren. Gestützt auf diese Führungsposition kontrollieren die sowjetischen Revisionisten in Wirklichkeit die Streitkräfte von vielen osteuropäischen Ländern.

In den Warschauer Paktstaaten ist sowjetisches Personal stationiert, das sich als „Repräsentanten des Vereinigten Kommandos" bezeichnet. Diese „Repräsentanten" sind beauftragt, die „Direktiven" des Oberkommandos des Warschauer Paktes mit den Verteidigungsministerien der Staaten, in denen sie stationiert sind, zu „diskutieren". Sie nehmen an allen militärischen Aktivitäten teil und greifen direkt in die inneren Angelegenheiten der Streitkräfte dieser Länder ein. Diese beträchtliche Anzahl von sowjetischen „Militärberatern" und „Experten" hat die Aufgabe, die Streitkräfte der Warschauer Paktstaaten unter strikter Kontrolle zu halten.

Einzig und allein um die Kontrolle der Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes zu verstärken, haben die sowjetischen Revisionisten so energisch auf die „militärische Integration" gedrungen, haben sie gefordert, daß diese Streitkräfte mit „gemeinsamem Kommando, mit gemeinsamer Ausbildung und Struktur" zusammen mit den sowjetischen Streitkräften operieren sollen. Sowjetrevisionistische Militärchefs haben sogar offen dafür plädiert, daß „im Hinblick auf gemeinsame Kampfoperationen an einer gemeinsamen Kampffront" die Streitkräfte der Warschauer Paktstaaten in „vereinigten Kampfverbänden" unter dem obersten Kommando der sowjetischen Streitkräfte organisiert werden sollen.

Genauso versuchen die sowjetischen Revisionisten unter der Parole der „internationalen Arbeitsteilung" und der „Koordination der Rüstung", die Rüstungsproduktion einiger Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes zu kontrollieren und die Rüstungsindustrie dieser Länder völlig abhängig zu halten. So dürfen die Rüstungsbetriebe dieser Länder nur Waffen von bestimmtem, Standard" und „Spezialität" nach den Anordnungen der sowjetischen Revisionisten produzieren. Sie dürfen keine unabhängige und umfassende Verteidigungsindustrie aufbauen und sind so gezwungen, sich hauptsächlich auf die Rüstung der sowjetischen Revisionisten zu verlassen.

Mit Hilfe des Warschauer Paktes und durch bilaterale Verträge haben die sowjetischen Revisionisten nicht nur die Macht über die militärischen Angelegenheiten dieser Länder an sich gerissen, sondern auch die militärische Besetzung dieser Länder durchgeführt.

Unter dem Vorwand, militärische Übungen durchzuführen, gehen die sowjetischen Revisionisten mit militärischem Druck gegen die Länder vor, die ihre Unzufriedenheit mit der sowjetischen Kontrolle bekundet haben. Im Namen des Warschauer Paktes haben die sowjetischen Revisionisten in den letzten Jahren Truppen auf der Balkanhalbinsel zusammengezogen und dort wiederholt militärische Manöver abgehalten, um einige Balkanländer offen zu erpressen. Darüberhinaus haben die sowjetischen Revisionisten nicht gezögert, offen das Kriegsbeil zu schwingen, um ihre Kontrolle über die osteuropäischen Länder durchzusetzen. Sie benutzten den Warschauer Pakt, um mit offener militärischer Aggression gegen einige Mitgliedstaaten vorzugehen. So zwangen die sowjetischen Revisionisten im August 1968 unter Berufung auf den Warschauer Pakt mehrere Länder Osteuropas, eine große Anzahl von Truppen, Luftwaffen und Panzern zur Verfügung zu stellen, um damit blitzartig die Tschechoslowakei zu überfallen und zu besetzen.

Die militärische Aggression gegen die Tschechoslowakei entlarvte die aggressive und reaktionäre Natur des Warschauer Paktes vollständig. Genauso deutlich zeigte sie die finsteren Absichten der sowjetischen Sozialimperialisten, mit denen sie diesen Pakt ausnutzen und einsetzen.

Es ist allgemein bekannt, daß die sowjetischen Revisionisten seit jeher ein aufmerksames Auge auf Westeuropa hatten und einen Großteil ihrer Streitkräfte an seinen Grenzen stationiert haben. Die Kontrolle der sowjetischen Revisionisten über den Warschauer Pakt hat den Zweck, ihre eigenen Streitkräfte mit denen einiger osteuropäischer Länder zu einem militärischen Block zu formieren, um so diese Länder vor ihren Kriegskarren spannen und bei ihrer Aggression und Expansion gegen Westeuropa als Diener einsetzen zu können.

Wenn die sowjetischen Revisionisten den Warschauer Militärblock, den sie kommandieren, als „Verteidigungspakt" ausgeben, dann ist das ein ausgemachter Betrug.

Während die sowjetischen Revisionisten den Warschauer Pakt einerseits als Instrument für militärische Expansion und für die Kriegsvorbereitung benutzen, dient er ihnen gleichzeitig als Hauptstütze und als Gegengewicht bei ihren diplomatischen Verhandlungen mit den NATO-Staaten, die USA eingeschlossen. Sie benutzen ihn, um Druck hinter ihre betrügerischen Parolen von der „Entspannung" in Europa einzusetzen. Dabei versuchen die sowjetischen Revisionisten einerseits, direkt über den Einsatz des Warschauer Paktes und andererseits über Verhandlungen auf der „Europäischen Sicherheitskonferenz" ihren Status als Oberherren in Osteuropa zu konsolidieren. Gleichzeitig versuchen sie, die westeuropäischen Länder einzulullen und zu spalten und die USA zu verdrängen. So wollen sie sich ihre Expansion und ihr Eindringen nach Westeuropa erleichtern. Über die sogenannte „Europäische Abrüstungskonferenz" für Mitteleuropa versuchen die sowjetischen Revisionisten mit allen Mitteln, die Überlegenheit des Warschauer Paktes auf dem Gebiet der konventionellen Waffen zu behaupten und die militärische Stärke der USA und anderer westlicher Staaten zu schwächen. Gleichzeitig hoffen sie, damit ihre Anstrengungen verbergen zu können, mit denen sie gegenwärtig ihre Streitkräfte in Osteuropa verstärken und ihre Waffen und ihre anderen Ausrüstungen erneuern. Alle Maßnahmen der sowjetischen Revisionisten auf dem Gebiet der „Abrüstung" in Mitteleuropa entlarven genauso wie ihr Beharren auf der Frage der „europäischen Sicherheit" ihre hinterhältige Natur und ihr Ziel, das nur scheinbar Entspannung ist, in Wirklichkeit aber Expansion in Europa.

Die Einsetzung des Warschauer Paktes als Instrument der Aggression und der Expansion in Europa durch die sowjetische revisionistische Renegatenclique hat wachsende Opposition unter den Völkern der verschiedenen europäischen Länder hervorgerufen. Ihre Einheit in der Opposition gegen die sowjetisch revisionistische Hegemonie hat sich beständig gestärkt. Der Plan der sowjetischen Revisionisten, die Rolle des Oberherren in Europa zu übernehmen, ist zum Scheitern verurteilt.



Prag 1969: Panzerfahrzeuge des Warschauer Paktes. 1968 überfielen die sowjetischen Sozialimperialisten mit Truppen des Warschauer Paktes die Tschechoslowakei.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Südvietnam
Erfolge gegen die Truppen Saigons

Im Mekong-Delta, in der Provinz Tay Ninh nordwestlich von Saigon und in anderen Teilen Südvietnams haben die Marionettentruppen der Thieu-Clique schwere Niederlagen durch die Volksbefreiungsstreitkräfte einstecken müssen. Die Saigoner Truppen mußten hunderte von illegal in den befreiten Gebieten errichteten Stützpunkten aufgeben, mußten ganze Gebiete räumen, die sie widerrechtlich besetzt hatten, verloren große Mengen an Waffen, Munition und anderem Kriegsmaterial und allein im November und Anfang Dezember wurden über 5 000 Marionettensöldner getötet, verwundet oder gefangengenommen.

Angesichts dieser Niederlagen haben die USA-Imperialisten und die Thieu-Clique ihre Lügenpropaganda verstärkt, in der sie die Volksbefreiungsstreitkräfte und die Demokratische Republik Vietnam (DRV) als die Aggressoren und sich selbst als die Opfer der Aggression hinstellen. Die Berichte in der bürgerlichen Presse sind jetzt voll von Äußerungen über eine „großangelegte kommunistische Offensive", über das „Eingreifen von nordvietnamesischen Truppen" in Südvietnam usw. usf. **Nach der Methode des Diebes, der „Haltet den Dieb!" schreit, hat diese Lügenpropaganda den Zweck, die wirklichen Verbrecher in Schutz zu nehmen und unter dem Vorwand einer angeblichen „kommunistischen Aggression" Stimmung für ein erneutes verstärktes Eingreifen der USA-Imperialisten in Südvietnam zu machen.**

Die USA-Imperialisten behaupten, nordvietnamesische Truppen befänden sich in Südvietnam. In Wirklichkeit befinden sich zehntausende von amerikanischen Militärberatern in Südvietnam. In Wirklichkeit haben die USA-Imperialisten in den zwei Jahren seit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens am 28. Januar 1973 dem Thieu-Regime 8 Milliarden Dollar an Militär- und Wirtschaftshilfe gegeben, davon allein 6 Milliarden für Kriegszwecke, wie jetzt der Kongreßabgeordnete Apsin in Washington enthüllte. Das heißt, daß die USA-Imperialisten die Bestimmungen des Pariser Abkommens, nach denen sie ihre Truppen vollständig aus Südvietnam abziehen und keine Waffen oder anderes Kriegsmaterial nach Südvietnam schicken dürfen, von Anfang an planmäßig verletzt haben.

So mit Geld, Waffen und „Beratern" ausgerüstet, hat das Thieu-Regime von Anfang an Überfälle auf die befreiten Gebiete gestartet, um dort Stützpunkte zu errichten und, nach der Salamitaktik, Stück für Stück von den befreiten Gebieten abzuschneiden. Schon am 28. Januar 1973 erklärte Thieu, daß der Waffenstillstand keinen Frieden bedeute und überfiel gleichzeitig mit starken Infanteriekräften, unterstützt von Panzer- und Artillerieeinheiten Teile der befreiten Gebiete. Das Magazin „US News and World Report" schrieb einen Tag später, daß diese Operationen das Ziel haben, *„sich in die umstrittenen Gebiete, ja, bis in die von den Kommunisten kontrollierten Gebiete vorzuschieben und die Zahl der unter kommunistischer Herrschaft lebenden Bewohner sowie das von den Kommunisten beherrschte Gebiet zu reduzieren."* Das Thieu-Regime hat in den vergangenen zwei Jahren hunderttausende kleinerer und größerer Aggressionen gegen die befreiten Gebiete unternommen. Die Stadt Phuoc Binh z. B., die jetzt von den Volksstreitkräften zurückerobert wurde, liegt inmitten der befreiten Provinz Phuoc Long und war von den Thieu-Truppen nach einem Überfall widerrechtlich besetzt worden.

Der Kampf der Volksstreitkräfte zur Verteidigung der befreiten Gebiete und gegen die Aggressionen des Thieu-Regimes ist vollständig gerechtfertigt. Die Aggressionen des Thieu-Regimes sind verzweifelte Versuche, seinen Untergang aufzuhalten. Unter den Schlägen der Volksbefreiungsstreitkräfte jedoch ist dieser Untergang nur noch näher gerückt.

Resolution

Die Teilnehmer der ROTER MORGEN-Leserrunde in Kreuzberg, Westberlin, verabschiedeten am 19. 12. 1974 eine Resolution zur Unterstützung des Kampfes des kambodschanischen Volkes. In der Resolution, die an die Nationale Einheitsfront, die Königliche Regierung der Nationalen Union und die Volksstreitkräfte für die nationale Befreiung gerichtet ist, heißt es u. a.:

„Das heroische kambodschanische Volk hat in seinem Kampf für Unabhängigkeit und die nationale Befreiung das Banner ‚gegen die USA-Aggression und zur Rettung des Vaterlandes' hochgehalten und an der korrekten Linie des Volkskrieges festgehalten und tapfer gekämpft."

„Das kambodschanische Volk wird den Sieg erringen und Phnom Penh und ganz Kambodscha befreien! Auch das deutsche Volk reiht sich ein in die Einheitsfront der Völker gegen die Supermächte."

Zum Schluß wird in der Resolution bekräftigt, daß die Königliche Regierung der Nationalen Union die einzig legitime Vertretung der Nation und des Volkes von Kambodscha ist und daß die Verräterclique von Phnom Penh kein Recht hat, den Sitz Kambodschas in der UNO einzunehmen.

Spendet zur Unterstützung des Befreiungskampfes des kambodschanischen Volkes auf das Konto:
Vorstand der KPD/ML
Spendenkonto
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA

Phnom Penhs Schüler kämpfen gegen Zwangsrekrutierung

Am 9. November 1974 hat die Lon Nol/Sirik Matak-Clique in Phnom Penh ein Gesetz zur Zwangsrekrutierung erlassen, um ihre Marionettenarmee, der die Soldaten weglaufen oder von den Volksbefreiungsstreitkräften vernichtet werden, aufzufüllen. Nach diesem Gesetz kann jeder Einwohner Phnom Penhs in seiner Wohnung, auf der Straße, am Arbeitsplatz gewaltsam eingezogen und in die Armee gesteckt werden.

Dieses Zwangsgesetz hat die breite Empörung der Bevölkerung und vor allem der Schüler und Studenten hervorgerufen, gegen die es sich hauptsächlich richtet. Selbst 12- bis 13jährige Jungen sind in den Schulen nicht vor Überfällen der Zwangswerber sicher. Dazu kommt, daß das Regime viele Schulen geschlossen hat, um sie in Militärlager und Kasernen zu verwandeln, so daß die Schüler ohne Unterricht bleiben müssen. An allen Ecken und Enden fehlt es an Lehrkräften und an Professoren, die seit langem keinen Lohn erhalten und aus diesem Grund gezwungen sind, anderweitig Arbeit zu finden. Wie die gesamte Bevölkerung, leiden auch die Schüler und Studenten Hunger, weil die Lon Nol-Clique mit dem Reis spekuliert und seinen Preis in unermeßliche Höhen getrieben hat. Die Verräter selbst dagegen bereichern sich an der Not der Schuljugend, indem sie mit Examen und Studienplätzen, mit Schreibmaterial und Lehrbüchern handeln.

All das hat den Zorn und die Empörung der Schuljugend hervorgerufen und sie hat sich zum Kampf gegen die Verräter in Phnom Penh erhoben. Die Schüler von drei Privatschulen z. B. haben beschlossen, sich gegen die Zwangswerber mit improvisierten Waffen wie Ziegeln, Steinen, Holzknüppeln usw. auszurüsten, die sie immer in Reichweite haben, um die Zwangswerber in die Flucht zu schlagen. Sie erklärten, daß sie „absolut nicht sterben wollen anstelle der antinationalen, erzreaktionären und erzfaschistischen Elemente, die Handel treiben mit Diplomen, Examensarbeiten, die mit Schulbüchern, Heften und anderen schulischen Dingen spekulieren". Als das Gymnasium „Yukonthor" in ein Militärlager verwandelt wurde, griffen die Jugendlichen vom 13.-15. November die Verräter an und es kam zu mehrmaligen heftigen Kämpfen.

In einem Interview mit der „Stimme der Nationalen Einheitsfront Kambodschas (NEFK)" erklärte ein Gymnasiast über die Lage und den Kampf der Schüler:

„Aber das Schlimmste ist, daß wir keinen Reis zu essen haben. Für uns, die wir fast völlig auf Kosten unserer Eltern leben, ist das Lebensniveau sehr tief gesunken, mehr als vorher. Vor dem Staatsstreich, den die Verräter angezettelt haben, genügten uns einige Riel (Währungseinheit) *für eine Mahlzeit, aber jetzt können wir sogar für 500 Riel nichts zum Frühstück kaufen."* Fest zum Kampf entschlossen, erklärt er, *„daß wir uns mit den Volksmassen von Phnom Penh verbinden, um die Reisdepots der Verräter anzugreifen und uns mit Gewalt Getreide zu nehmen, das wir dann verteilen."*

In demselben Interview bekräftigen die Schüler, daß sie sich *„enger mit den Arbeitern und übrigen Werktätigen, mit den Beamten und Soldaten zusammenschließen, um mächtige Angriffe auf die Verräter zu unternehmen bis zur Niederlage dieser Räuber und Händler mit der Nation und beizutragen zur Befreiung von Phnom Penh und ganz Kambodschas".*

Palästina: 10 Jahre bewaffneter Kampf



Vor zehn Jahren, in den ersten Januartagen des Jahres 1965, hat das palästinensische Volk den bewaffneten Kampf gegen die israelischen Zionisten aufgenommen. Nach langwährendem Kampf und bitteren Erfahrungen hat das unter schwerer Not leidende palästinensische Volk selbst die richtige Schlußfolgerung gezogen, daß der einzige Weg zur Befreiung des Volkes von Unterdrückung, Vertreibung und Elend durch die israelischen Zionisten der ist, zu den Gewehren zu greifen und entschlossen den bewaffneten Kampf durchzuführen.

Der Funke des bewaffneten Kampfes, der damals im Januar 1965 von einer nur aus zwei Mann mit einem Gewehr bestehenden kleinen Partisanengruppe der „Fateh" entfacht wurde, ist heute zu einem breiten Steppenbrand geworden. Überall in den von Israel besetzten Gebieten operieren die Partisaneneinheiten gegen den Feind, zerstören seine Waffenlager und Militäreinrichtungen und greifen einzelne Truppeneinheiten der israelischen Aggressoren an.

Mit der Entwicklung des Kampfes haben die Partisanen sich auf die breite Sympathie, begeisterte Zustimmung und direkte Unterstützung des palästinensischen Volkes stützen können. Palästinensische Arbeiter, Bauern, Studenten und Schüler sowie Frauen meldeten sich zum Eintritt in die Armee, um entschlossen den Feind zu bekämpfen. Insbesondere die Jugend in den besetzten Gebieten scheut keine Todesgefahr. Gruppenweise gehen Jugendliche auf Gebirgspfaden zu den Partisanen und schließen sich ihnen an. Die breiten Demonstrationen und Massenaktionen des palästinensischen Volkes in den letzten Wochen haben erneut diese Kampfbereitschaft des Volkes gezeigt.

In der Universität von Bagdad fand vor einigen Tagen eine Massenkundgebung statt zum zehnten Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes. Der Vertreter der Organisation für die Befreiung Palästinas (PLO), Abu Sera, unterstrich in seiner Rede auf der Kundgebung, daß das palästinensische Volk trotz der Versuche des Imperialismus und Zionismus, die Flammen seines Kampfes auszutreten, ganz und gar entschlossen ist, seinen bewaffneten Kampf bis zur vollständigen Wiederherstellung seiner legitimen Rechte fortzusetzen. Er rief die Palästinenser und die anderen arabischen Länder auf, ihre Einheit zu festigen, um die finsteren Pläne des Imperialismus zu zerschlagen.

Es lebe der bewaffnete Kampf des palästinensischen Volkes, es lebe der Sieg im Volkskrieg!

Nieder mit dem israelischen Zionismus! Nieder mit den beiden Supermächten USA und Sowjetunion, den wahren Unruhestiftern im Nahen Osten!

Das palästinensische Volk und die anderen arabischen Völker werden siegen!

Aus aller Welt

PUERTO RICO:

Die Bevölkerung von Puerto Rico (Insel im Karibischen Meer) kämpft seit langem für ihre Unabhängigkeit von den USA-Imperialisten, die das Land ausplündern und zu einem Feriendomizil für Millionäre gemacht haben, während das Volk in Armut lebt und viele gezwungen sind, in die USA zu emigrieren, um Arbeit zu finden. Als jetzt zu Sylvester Rockefeller und Kissinger auf Puerto Rico eintrafen, um dort zu feiern, versammelten sich 1 500 Menschen vor ihrem Hotel zu einer Demonstration für die Unabhängigkeit der Insel und um ihnen zu zeigen, daß die USA-Imperialisten auf Puerto Rico unerwünscht sind.

LAOS:

Die medizinische Versorgung der Bevölkerung in den befreiten Gebieten von Laos hat sich weiter verbessert. Besonderer Wert wurde dabei auf die Ausbildung von Ärzten, Sanitätern und anderen medizinischen Berufen gelegt. Unvollständigen Statistiken zufolge sind in diesem Jahr auf medizinischem Gebiet 105 Ärzte und Apotheker ausgebildet worden. In den Orten wurden zusätzlich noch 337 Kranken- und Kinderschwestern ausgebildet. Im gleichen Zeitraum wurden viele Krankenhäuser, die die USA-Imperialisten zerbombt hatten, wiederaufgebaut und die Gesamtzahl der Hospitäler auf 87 erhöht.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT:	WELLENLÄNGE:
1. Programm:	
13.00 — 13.30	32 und 41 Meter
16.00 — 16.30	32 und 41 Meter
19.00 — 19.30	41 und 50 Meter
2. Programm:	
14.30 — 15.00	32 und 41 Meter
18.00 — 18.30	32 und 41 Meter
21.30 — 22.00	41 und 50 Meter
3. Programm:	
6.00 — 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 — 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle



RADIO PEKING

für Winter: 43,7; 42,8 und 38.5 Meter
für Sommer: 26,2 Meter
jeweils 20.00 — 21.00 und 21.00 — 22.00 Uhr

32 Meter entspricht 9,26 MHz;
41 Meter entspricht 7,23 MHz;
50 Meter entspricht 5,95 MHz;
215 Meter entspricht ca. 1 400 kHz Mittelwelle.

Schmidts Neujahrsansprache-Phrasen, Lügen

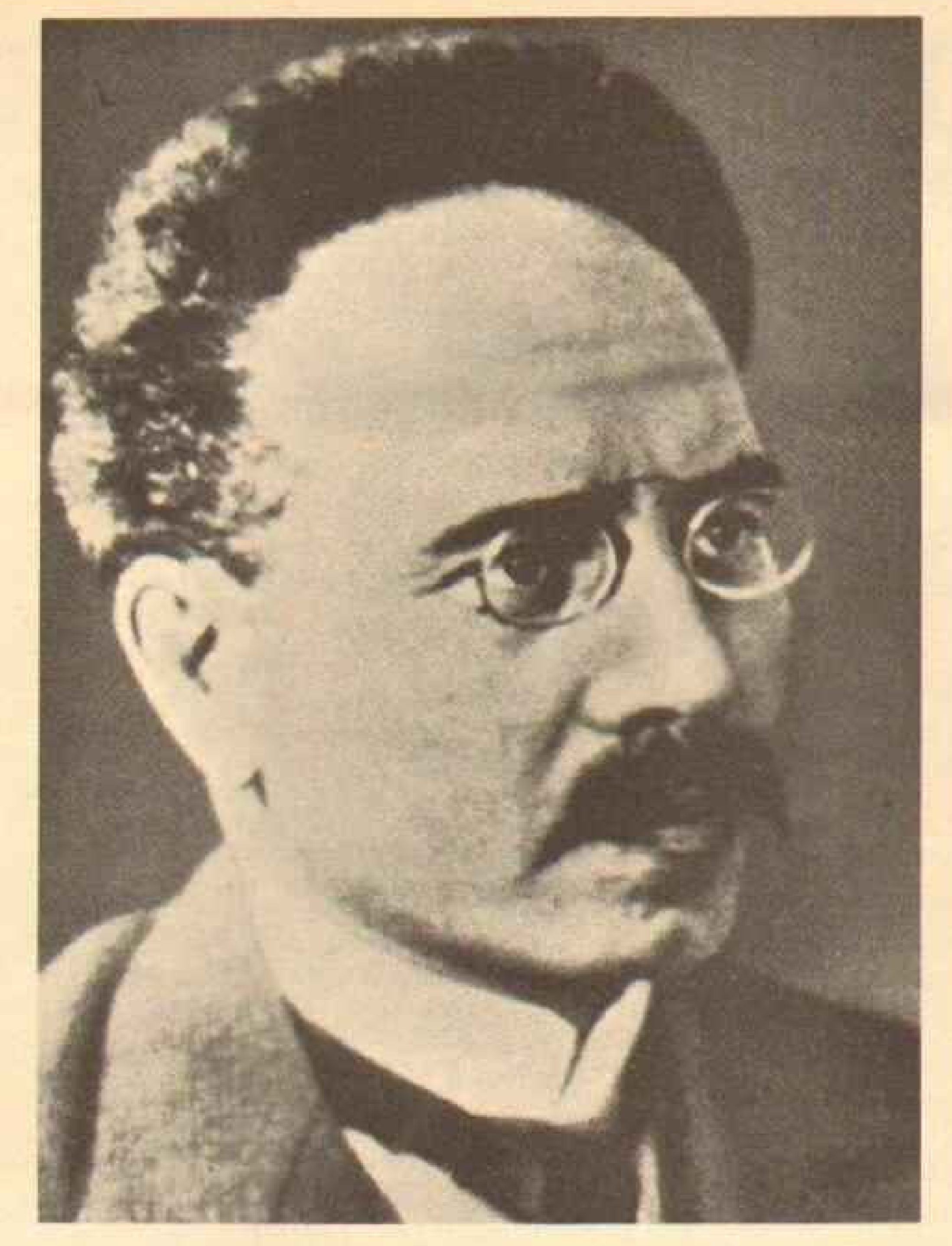
Fortsetzung von Seite 1

Schmidt behauptet, die „Wiederherstellung eines hohen Beschäftigungsgrades" stünde „im Vordergrund all unserer Bemühungen". Aber man braucht sich nur das eben beschlossene „Konjunkturprogramm" anzusehen, um zu erkennen, daß in Wirklichkeit ausschließlich die Sicherung des Maximalprofits der Monopole im Vordergrund aller Bemühungen dieser Regierung steht. Und der Kanzler dieser Regierung, die den Monopolen gerade Milliarden, die dem werktätigen Volk abgepreßt worden sind, zugeschanzt hat, erklärt: „ ...*diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verloren und keinen neuen gefunden haben, die richten große Erwartungen auf das neue Jahr. Wenn wir alle zusammenstehen, wenn sich keiner auf Kosten des anderen bereichern will, dann können wir diese Erwartungen weitgehend erfüllen.*" Als ob es nicht gerade das Grundprinzip des Kapitalismus wäre, daß eine verschwindend kleine Minderheit von Kapitalisten ausschließlich damit beschäftigt ist, sich auf Kosten der überwältigenden arbeitenden Mehrheit des Volkes zu bereichern, als ob es nicht gerade die Aufgabe der Regierung und des gesamten bürgerlichen Staatsapparates wäre, diesen Zustand gewaltsam aufrechtzuerhalten. Der Ertrag der Unternehmer, also der Profit der Kapitalisten, den Schmidt so gefährdet sieht, ist das Ergebnis der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse. Was die Arbeiterklasse gesellschaftlich produziert, eignen sich die Kapitalisten privat an. In diesem Widerspruch liegt die Ursache der tiefen Krise, die die ganze kapitalistische Welt erfaßt hat. Nicht weil zu wenig produziert worden ist, müssen bei uns und in den anderen kapitalistischen Ländern die Werktätigen Mangel und Not leiden, sondern weil produzierte Waren auf Halde liegen, für die es keine zahlungsfähige Nachfrage gibt. Die Steigerung des von der Arbeiterklasse geschaffenen Reichtums erhöht das Elend der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes in den kapitalistischen Ländern. In diesem nur scheinbaren Widersinn wird deutlich, daß der Kapitalismus heute die Fessel jeden Fortschritts, die Ursache allen Elends, aller Krisen ist.

Schmidt spricht von „Weltrezession", aber die Krise hat zwar alle kapitalistischen und revisionistischen Länder, aber keineswegs die gesamte Welt erfaßt. Das sozialistische China und das sozialistische Albanien feierten Ende 1974 den 25. bzw. 30. Jahrestag ihrer Befreiung. Die Arbeiter und Bauern Chinas und Albaniens haben durch den bewaffneten Kampf in ihren Ländern die politische Macht erobert, sie haben den alten Staat der Ausbeuter und Unterdrücker zerschlagen und ihren Staat, die Diktatur des Proletariats errichtet. Als Herren ihrer Länder haben sie auch die Produktion in die Hand genommen. Sie haben Schluß gemacht mit der kapitalistischen Anarchie der Produktion und an ihre Stelle die sozialistische Planwirtschaft gesetzt. Geleitet von ihren Kommunistischen Parteien organisieren die Arbeiter und Bauern Chinas und Albaniens durch ihren proletarischen Staat die Produktion nach gemeinsamen Plan. In China und Albanien gibt es keine Arbeitslosigkeit, keine Inflation, keine Krisen mehr. Die Menschen Chinas und Albaniens arbeiten hart, aber diese harte Arbeit kommt niemand anderem als ihnen selbst zugute, was sich u. a. auch darin ausdrückt, daß ihr Lebensstandard von Jahr zu Jahr steigt. Vor der Befreiung ihrer Länder litten die Menschen Chinas und Albaniens Hunger und lebten in großem Elend. Heute sind China und Albanien blühende Länder des sozialistischen Aufbaus mit hohen wirtschaftlichen Zuwachsraten. China und Albanien zeigen, daß mit der Zerschlagung des kapitalistischen Ausbeutersystems auch die Ursachen der kapitalistischen Krisen beseitigt werden. Die proletarische Revolution, der Sozialismus — das ist der Ausweg der Arbeiterklasse aus der kapitalistischen Krise.

Der DGB-Apparat und die D„K"P-Revisionisten aber machen Vorschläge zur Sanierung des Kapitalismus. So bejubelt der DGB-Apparat das von der Bonner Regierung beschlossene „Konjunkturprogramm", fordert zusätzliche Aufträge der „öffentlichen Hand" und eine „Investitionskontrolle", um das „Auf und Ab der Wirtschaft auszugleichen" (Vetter). Die D„K"P-Revisionisten fordern die „Belebung des Absatzes" durch die „Erhöhung der Massenkaufkraft". Abgesehen von der ökonomischen Unsinnigkeit dieser Vorschläge zur Rettung des Kapitalismus aus der Krise sollen diese Forderungen die Arbeiter an den Kapitalismus ketten, die Arbeiterklasse soll ihr Schicksal untrennbar mit dem des Kapitalismus verbunden sehen. Wie Schmidt es formulierte: „*Jedermann muß wissen, die Erträge von heute sind die Investitionen von morgen. Und die Investitionen sind die Arbeitsplätze und die Masseneinkommen von übermorgen.*" Wir sollen glauben, daß es dem Arbeiter gut geht, wenn es dem Kapitalismus gut geht.

Aber gerade unter dem Eindruck der Krise erkennen immer mehr Kollegen die Unversöhnlichkeit des Widerspruchs zwischen den Interessen der Kapitalistenklasse und denen der Arbeiterklasse. Im Kampf gegen die Auswirkungen der Krise, gegen Lohnraub, Rationalisierung, Stillegungen, Massenentlassungen usw. muß die Arbeiterklasse sich zusammenschließen. Aber in diesen Kämpfen muß der Blick nach vorne gerichtet sein auf den einzigen Ausweg aus dem Elend der kapitalistischen Krisenwirtschaft, auf die proletarische Revolution, den Sozialismus.





Am 15. 1. 1919, zwei Wochen nach der Gründung der KPD, ließ die deutsche Bourgeoisie die Genossen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg feige und grausam ermorden. Mit diesem Verbrechen wollte die Bourgeoisie nicht nur zwei große Führer der Arbeiterbewegung, die in der Novemberrevolution in den ersten Reihen gestanden hatten, vernichten. Mit ihnen sollte vor allem die junge KPD getroffen werden, zu deren Gründung Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg durch ihren entschlossenen Kampf gegen die Sozialdemokratie maßgeblich beigetragen hatten. Der deutschen Arbeiterklasse sollte ihre Vorhut geraubt werden, die allein in der Lage ist, die Revolution zum Sieg, zur Errichtung der Diktatur des Proletariats zu führen.

Aber dieser Versuch, die Kommunistische Partei durch die Liquidierung ihrer Führer und ihrer Mitglieder zu zerstören, scheiterte und er wird immer zum Scheitern verurteilt sein, solange diese Partei an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus festhält und eng mit den Massen verbunden ist.

Heute geht die Bourgeoisie bereits wieder dazu über, Kommunisten zu ermorden, wie unseren Genossen Günter Routhier. Aber unsere Partei, die sich wie die KPD im harten Kampf gegen den Revisionismus gründete, wird daraus nur eine einzige Lehre ziehen, die gleiche, die Genosse Karl Liebknecht einen Tag vor seinem Tod der KPD und der deutschen Arbeiterklasse mit auf den Weg gab: „Trotz alledem!"

Vorwärts im Geiste Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs!
Tod dem Faschismus!
Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!
Vorwärts mit der KPD/ML!

Empörung über Verbrechen des CIA

Fortsetzung von Seite 1

Kaum lag der Bericht auf dem Tisch, erklärte US-Außenminister Kissinger, der den CIA-Putsch in Chile kommandiert hat und zu dessen Amtsbereich der CIA gehört, von den im Bericht enthaltenen Tatsachen habe er zuvor nichts gewußt. Was die „Führer der freien Welt" auch unternehmen, um ihre Machenschaften vor dem Volk zu tarnen, es läuft immer auf die jämmerlichen und durch Watergate sattsam bekannten Versuche hinaus, vor allem den eigenen Kopf zu retten.

Warum aber brachen die US-Imperialisten die eigenen Gesetze und ließen den CIA gegen die Solidaritätsbewegung mit dem vietnamesischen Volk vorgehen? — Der heldenhafte Kampf des vietnamesischen Volkes hatte besonders unter der Jugend der USA große Unterstützung gefunden. **Nicht nur in Vietnam stieß der Aggressionskrieg des US-Imperialismus auf den erbitterten und siegreichen Widerstand des heroischen Volkes, in den USA selbst entstand eine zweite Front.** Die Vietnambewegung in den USA war so stark, daß die US-Imperialisten mehrmals offen erwogen, die Armee gegen die „Unruhen" einzusetzen. **Der US-Imperialismus konnte die Aktivitäten des CIA im Zusammenhang mit der Aggression gegen das vietnamesische Volk nicht auf das Ausland beschränken, weil breite Teile des amerikanischen Volkes durch den Klassenkampf im eigenen Land an die Seite des vietnamesischen Volkes getreten waren.**

Bei allen Völkern der Welt rufen die Buchstaben CIA, der auch bei uns sein Unwesen treibt, nichts als Haß hervor. Sie stehen für unzählige Verbrechen des US-Imperialismus in der Vergangenheit und in der Gegenwart. Die bürgerliche Presse, aber auch die modernen Revisionisten, nutzen das häufig aus, wenn sie von „CIA-Abenteuern", „CIA-Putschen" usw. sprechen, um der Empörung über die Verbrechen des US-Imperialismus ein Ventil zu geben, ohne den verbrecherischen Charakter des US-Imperialismus klar beim Namen nennen und grundsätzlich entlarven zu müssen.

Einen ähnlichen Trick wollen die US-Imperialisten jetzt wohl selbst anwenden. Es sollen „Untersuchungsausschüsse zur Überprüfung und Kontrolle des CIA" gebildet werden. Sie werden herausfinden, daß der CIA in gewissem Umfang seine „Kompetenzen überschritten" hat, daß er in gewissem Umfang ungesetzlich gehandelt hat, daß er also in gewissem Umfang gegen den Willen des US-Imperialismus gehandelt hat. Die US-Imperialisten breiten ein wenig schmutzige Wäsche des CIA aus, um selbst in blütenweißer Weste dazustehen. Aber weder das amerikanische Volk noch die Völker der Welt werden sich dadurch täuschen lassen. **Der CIA ist ein Instrument des US-Imperialismus und seine verbrecherischen Aktionen sind Ausdruck des verbrecherischen Charakters des US-Imperialismus.**